



Umweltgewerkschaft

perspektive

Kreislaufwirtschaft

Magazin der Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin

Ausgabe Herbst 2022 — 2,00 € — www.umweltgewerkschaft.org



**Aktiver Widerstand gegen die drohende Gefahr
eines Atomkrieges und globale Umweltkatastrophe!**



Selbstverständnis

Das Magazin »Perspektive Kreislaufwirtschaft« ist das Magazin der Umweltgewerkschaft. Es erscheint bisher einmal jährlich.

Eine lebenswerte Zukunft in einer intakten Umwelt – das wünscht sich die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit für sich und nachfolgende Generationen. Um die Erde als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten, muss ihre rücksichtslose Ausplünderung beendet werden. Hauptverantwortlich für die dramatische Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ist die vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise.

Unsere Alternative ist eine weltweite Kreislaufwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien sowie eines verantwortungsvollen Konsums. Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur und die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht wird. Wir suchen die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen sowie mit den bestehenden Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Wir unterstützen



5.000 Menschen gegen Verarmung, Leipzig, 6.9.2022

die Proteste für soziale Forderungen, für umweltverträgliche und gesundheits-schützende Technologien und Produktionsweisen, gegen umweltzerstörende Großprojekte, gegen die krankmachenden Folgen des Verkehrs, der Vergiftung der Natur usw. Wir för-

dern den Zusammenschluss mit Umweltbewegungen weltweit.

Wir haben uns dem Internationalistischen Bündnis als Trägerorganisation angeschlossen, um gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung der Regierung und im Staatsapparat, gegen wachsende Ausbeutung, Unterdrückung, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität zu kämpfen.

Die Redaktion des Magazins hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Leser*innen ein Bild zu vermitteln über Widerstand, Kämpfe und Erfolge für den Erhalt unserer natürlichen Umwelt. Wir wünschen uns dafür die Unterstützung vieler Autor*innen aus der Umweltbewegung. Wir streben nach einer ausgewogenen Mischung aus wissenschaftlicher Expertise, praktischen Erfahrungen und umweltpolitischer Aktualität. Unsere Verbundenheit mit der Frauenbewegung und unser Ziel der Gleichstellung aller Geschlechter drücken wir auch dadurch aus, dass wir in den Texten der Redaktion alle Geschlechter erkennbar machen. Wir bitten auch unsere Autor*innen, mit Sternchen (*) zu gendern.

Kritik und Vorschläge zu allem, was Euch zum Magazin bewegt, sind willkommen.

Inhalt

in dieser Ausgabe

Editorial	3
Neue Dimension	
der rücksichtslosen Zerstörung unserer Umwelt	4
Militär und Kriege sind Umwelt- und Klimakiller	7
Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik	
mit anderen Mitteln	8
Atombombenabwürfe	
auf Hiroshima und Nagasaki	10
Der Umweltschutz	
darf nicht der Aufrüstung	
und dem Kriegskurs geopfert werden!	10
Hände weg von Mini-Nukes!	11
USA größter Umweltverbrecher zu Kriegszeiten	12
Julian Assange	12
Schmutzige Lobbyarbeit der Konzerne	12
Die Grünen:	
Panzerfans statt Pazifisten	13
Brief an Robert Habeck	13
Uran: Bedrohung von der Wiege an	14
Jetzt 100 % erneuerbare Energien durchsetzen	
statt LNG-Terminals bauen!	15
Gas-Kraftwerke produzieren	
weniger CO ₂ als Kohle-Kraftwerke	15
Klimakiller Treibhausgase	16
Hände weg von der Umweltverträglichkeitsprüfung	16
Korrespondenz Böblingen:	
Auf geht's zum Nulltarif im ÖPNV	17
Erfahrungen mit dem 9-Euro-Ticket	17
Stuttgart 21	18
Korrespondenz:	
Proteste bei der 71. Allgäuer Festwoche	18
Kreuzfahrten	18
Anstieg des Meeresspiegels (...) unvermeidlich	18
Korrespondenz Gelsenkirchen: Ausgerechnet BP ...	19
Regierung versagt beim Hitzeschutz	20
Zu den Klimaneutralitätszielen der Gemeinden	20
Front gegen Weltkriegsvorbereitung und Faschismus!	20
Stoppt ReconAfrica im Süden Afrikas	21
Die Förderung von Erdöl im Kongobecken	22
Ölkatastrophe vor der jemenitischen Küste droht	22
Unser Saatgut	23
Wohin mit dem Atom Müll?	23
Korrespondenz Berlin: Berlin aktiv gegen Weltkriegsgefahr!	24
Moabiter Erklärung gegen wachsende Atomkriegsgefahr	24
Korrespondenz: Bericht vom Hiroshimatag in Sindelfingen	
Rede der Hochschulgruppe am Hiroshima-Tag	24
Korrespondenz Stralsund: Hiroshima-Gedenktag	25
COP27 — 27. UN-Klimakonferenz	26
Siemens: SF ₆ -Gas: 25.000 mal klimaschädlicher als CO ₂	27
Gute Gründe, Mitglied der Umweltgewerkschaft	
zu werden	27
Erfolgreiche Weltfrauenkonferenz in Tunis	28
Hydrologen warnen: Deutschland trocknet aus	29
Einladung zur	
3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz 2023	30
Kinderseite: Der Kranich	31

Vorstand und Sitz des Vereins: Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin

Email: vorstand@ug-buvo.de · Internet: www.umweltgewerkschaft.org

Wir freuen uns über Eure Spende! · GLS Bank – IBAN DE49 4306 0967 1199 5031 00

ViSdP: Detlef Rohm

gedruckt mit mineralöl- und schwermetallfreien Druckfarben AktivDruck, Göttingen

Titelbild Mohan Ramaswamy, Fotos Umweltgewerkschaft, Wikimedia, Gerhard Mester/sfv, fotografie u.a. · Layout JHR fotografie, Göttingen

Liebe Leser*innen,

Am 24. Februar 2022 erfolgte der Angriff Russlands auf die Ukraine. Am 27. 2.2022 verurteilte der Bundesvorstand der Umweltgewerkschaft einstimmig den Überfall und forderte einen sofortigen Stopp der Kampfhandlungen. Wir lehnen aber auch die aggressive Nato-politik ab. In Berlin sprach Bundeskanzler Scholz von einer »Zeitenwende« und

schutz noch die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der UN als »Richtschnur« ihrer Politik vereinbart, gelten seit dem Kriegsausbruch andere Prioritäten. Bau von 12 LNG-Terminals, Wiederbelebung des Imports von Blutkohle aus Kolumbien, Laufzeitverlängerung für AKWs, Verschieben des Kohleausstiegs, heißt die neue Umweltpolitik. Das ist unver-

Erneuerbare Energien sind inzwischen die günstigsten Energien.² Die Umstellung der Stromversorgung auf 100 % erneuerbare Energien wäre in 13 Jahren machbar!³ Das geht aber nicht ohne organisierten Kampf. Die zunehmenden gewerkschaftlichen Kämpfe und Proteste um soziale Fragen unterstützen wir und verbinden sie mit Forderungen zur Rettung der Umwelt.



Umweltschutz ist grenzenlos!

Die peruanische Umweltorganisation Canto Vivo macht eine intensive Umweltarbeit mit Kindern und Jugendlichen und arbeitet seit vielen Jahren mit der Umweltgewerkschaft zusammen.

forderte ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr. Die Umweltgewerkschaft lehnt diese Aufrüstung und die erheblichen Waffenlieferungen ab, bekämpft genauso die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen und durch Atomkraftwerke. Die Gefahr eines Atomkriegs war schon lange nicht mehr so hoch wie heute. Die Verhinderung eines atomaren 3. Weltkriegs muss das Anliegen jedes umweltbewußten Menschen sein.

Hatte die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag zum Umwelt- und Natur-

antwortlich. In diesem Jahr gab es fast überall auf der Welt Rekordhitze mit vorher unvollstellbaren Temperaturen und extreme Dürre, dazu massive Waldbrände (siehe Artikel: »Neue Dimension der rücksichtslosen Zerstörung unserer Umwelt«).

Mittlerweile explodieren die Energiepreise und viele wissen nicht mehr, wie sie das alles noch bezahlen sollen. Schon vor der Gasumlage waren mehr als 20 % der Deutschen arm.¹ Wir rufen auf zum Widerstand gegen diese Politik: Nein zu LNG, Blutkohle und AKW-Laufzeitverlängerung, keine Gasumlage!

Seit vielen Jahren warnt die Umweltgewerkschaft in diesem Magazin vor einer drohenden Umweltkatastrophe und fordert den Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien. Konsequenter als andere NGOs und Umweltorganisationen übt die Umweltgewerkschaft direkte Kritik am ausbeuterischen kapitalistischen System und seiner zerstörerischen Umweltpolitik. Wir bleiben aber nicht bei Kritik stehen, sondern sehen unsere Arbeit als Beitrag hin zu einer Gesellschaft ohne Umweltzerstörung und Weltkriegsgefahr.

Wir brauchen unbedingt viele neue Mitglieder, damit sich was ändert. Wichtig ist jetzt der Aufbau einer neuen Friedensbewegung.

Eine breites Bündnis für einen erfolgreichen internationalen Protest gegen die drohende Weltkriegsgefahr ist notwendig. Dieser Aufbau ist eine riesige Chance auch für die Durchsetzung umweltpolitischer Forderungen!

Viel Spaß beim Lesen!

IHR/EUER BUNDES-VORSTAND
DER UMWELTGEWERKSCHAFT

1 https://de.statista.com/themen/120/armut-in-deutschland/#topicHeader__wrapper
2 Fraunhofer ISE Stromgestehungskosten
3 AGORA Energiewende
Klimaneutrales Stromsystem 2035

Neue Dimension der rücksichtslosen Zerstörung unserer Umwelt

Die folgenschweren Auswirkungen der Klima- und Umweltkrise zeigen sich dieses Jahr sehr deutlich. Lebensbedrohende Hitzewellen, Waldbrände, Überflutungen und Trockenheit in Europa, China, Südafrika, Bangladesch, Indien, Australien, den USA, Pakistan, um nur einige Länder zu nennen.

In Indien und Bangladesch stiegen die Temperaturen erstmals auf über 50°C, in London wurde mit 40°C ein neuer Rekord gemessen. Die Dürre in Europa scheint nach Meinung von Wissenschaftlern die schlimmste seit mindestens 500 Jahren zu sein. Der Waldverlust durch Brände betrug bislang 742.300 Hektar (Stand 27.8.)¹.

Im Juni sagte die Sprecherin der Weltwetterorganisation (WMO) in Genf, Clare Nullis, das sei »leider ein Vorgeschmack auf die Zukunft«². Hauptverantwortlich sind die hohen Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre, die den menschengemachten Treibhauseffekt verursachen. Seit der Industrialisierung ist der Anteil dieser Treibhausgase stark gestiegen – die CO₂-Konzentration von 1850 bis heute um rund 31% (von 285 ppm auf 414 ppm). Die Weltorganisation für Meteorologie geht davon aus, dass mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit die 1,5-Grad-Erwärmung schon 2026 überschritten wird. Ein internationales Forscher-Team vertritt in einer Veröffentlichung unter dem Titel: »Klima-Endspiel: Erforschung katastrophaler Szenarien des Klimawandels« die Ansicht, dass bis zum Jahr 2100 ein Temperaturanstieg zwischen 2,1 und 3,9 Grad möglich ist³.

Zusätzlich und verstärkend wirken sich die Folgen dramatischer Umweltzerstörungen der letzten Jahre aus. Aufgrund der Abholzungen und nachfolgender Landnutzung trocknen die Regenwälder aus und verlieren ihre Widerstandsfähigkeit. Die Gefahr eines unumkehr-



Grafik: Gerhard Mester/STV

baren Absterbens der »grünen Lunge der Erde« ist so groß wie nie zuvor – verbunden mit dem Verlust an Biodiversität und der Fähigkeit, CO₂ zu speichern. Der Amazonas-Regenwald gibt seit einigen Jahren mehr CO₂ in die Atmosphäre ab als er umwandelt und wurde so zu einer Treibhausgasquelle! Die Meere nehmen ein Drittel der CO₂-Emissionen auf. Ihre Erwärmung, Vermüllung und Versauerung stört das Wachstum des Phytoplanktons und dessen Fähigkeit, CO₂ zu binden. Die zweite »grüne Lunge« der Erde droht zu kippen. Die profitorientierte Intensivlandwirtschaft wandelt ein Teil des Düngers in Lachgas um, das wesentlich klimaschädigender ist als CO₂. Eine Tonne Lachgas ist rund 300 Mal klimaschädigender als CO₂⁴.

Milliarden Menschen leiden. Sie verlieren ihre Lebensgrundlagen, müssen flüchten und viele verlieren ihr Leben. Weltweit litten 2021 bis zu 828 Millionen Menschen an Hunger. Durch die Klima- und Umweltkrise, Kriege und Konflikte kann die Zahl bald die Milliarden-grenze überschreiten. Die Lage ist so dramatisch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die steigenden Nahrungsmittelpreise führen dazu, dass Nahrungsmittelhilfen

in Hungergebieten reduziert wurden. Tausende Menschen sterben in Deutschland durch Hitze. Von Juni bis Ende Juli lag die Übersterblichkeit mit 14.762 Fällen deutlich höher als der Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021, was nicht durch Covid-19 bedingt war⁵. 2018 waren nur in China (68.000) und Indien (31.000) mehr Hitzetote zu verzeichnen als in Deutschland (20.200)⁶.

Als Folge der Erwärmung tauen u.a. die Permafrostböden, die ungeheure Mengen Treibhausgase gebunden haben. Ein Prozess, der sich nicht mehr rückgängig machen lässt. Der Jetstream, der das Wetter auf der Erde entscheidend beeinflusst, hat sich durch die Erwärmung ebenfalls verändert mit der Folge, dass es zunehmend zu Extremwetterlagen

kommt. Mit dem weiteren Abschmelzen des Meereises, der Zerstörung der Korallenriffe, werden andere Kippunkte überschritten oder droht ihr Überschreiten in Kürze. Mit der drohenden Versteppung des Amazonas-Regenwaldes, des Kippen des Eisschildes in Grönland und dem Kollaps des westantarktischen Eisschildes bilden sich neue Kippelemente heraus.



In der Atacama-Wüste in Chile findet sich bergeweise Textilmüll, unter anderem aus Europa

Die biologische Vielfalt (Flora und Fauna) geht immer schneller verloren. Welche Auswirkungen das für uns Menschen hat, wird noch unterschätzt. Mehr biologische Vielfalt schützt uns Menschen. Ein naturnaher Mischwald beispielsweise kann 200 Liter Wasser pro Quadratmeter speichern, Monokulturen hingegen nur 60 Liter. Ein Mischwald hat eine höhere Speicherkapazität von CO₂⁷. Naturbasierte Lösungen wie z.B. die Ausweitung von Naturschutzgebieten, die Wiederherstellung von Mooren oder die Dachbegrünungen in Städten, können Beiträge zum Klima- und Umweltschutz sein. Der Schutz natürlicher und die Renaturierung degradierter Ökosysteme können allerdings nur wirkungsvoll sein, wenn gleichzeitig die Treibhausgasemissionen sofort drastisch reduziert werden.

Als gäbe es kein Morgen mehr, werden die Meere verseucht. Die Überfischung der Weltmeere bedroht die Ernährungsgrundlage von Milliarden Menschen. 35,4% der Fischbestände sind betroffen, so die Welternährungsorganisation (FAO) auf der zweiten Ozeankonferenz in Lissabon. Fischfang wird weltweit mit 35 Milliarden Dollar subventioniert. Hochseeflotten können deshalb in immer weiter entfernte Fischgründe fahren. Die Folgen sind, dass sie den Anwohnern ferner Küsten ihren Lebensunterhalt wegfishen.

Mehr als 90% der Saatgutsorten sind weltweit bereits verschwunden. Biotech-Konzerne wie Bayer/Monsanto oder Syngenta kontrollieren mit gentechnisch veränderten Monokulturen den globalen

Saatgutmarkt. Diese Chemiekonzerne lassen rücksichtslos Pestizide einsetzen. 44% der weltweit in der Landwirtschaft Tätigen – das sind 385 Millionen Menschen – erleiden Pestizidvergiftungen, 11.000 Menschen sterben pro Jahr daran – Suizide nicht mitgezählt⁸.

Bodenschätze werden überall geplündert, Landraub und Sklavenarbeit zum Beispiel durch den brasilianischen Rindfleischriesen JBS S.A. finanziert. In der Regel wird vergiftete und verbrannte Erde hinterlassen.

Der Krieg in der Ukraine ist selbst eine gigantische Umweltzerstörung

Wir fordern das sofortige Ende des Krieges in der Ukraine und auch das Ende der Kriege, die in Mali, in Syrien, im Jemen oder in anderen Regionen geführt werden. Kriege zerstören auch die Umwelt. In der Ukraine wird von allen Kriegsparteien sogar in Kauf genommen, dass die dort vorhandenen AKWs zerstört werden. Die Folgen wären verheerend. Politik und viele Medien hier müssen für ihre Kriegstreiberei verurteilt werden. Frieden und Waffenstillstand sind von ihnen zu Unwörtern gemacht geworden. Die NATO und Russland bedrohen die Lebensgrundlagen von vielen Millionen Menschen. Es droht die Gefahr eines Atomkrieges. Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe sagte im Juni, dass die NATO bereit sein müsse, notfalls Atomwaffen gegen Russland einzusetzen⁹. Ein Atomkrieg wäre ein Schlagabtausch zwischen den nuklearen Großmächten. Er hätte die Zerstörung und atomare Verseuchung zumindest weiter Teile Europas zur Folge. Es gibt schon lange Pläne von NATO, USA und Russland über einen führbaren Atomkrieg. Man kalkuliert also mit dem Risiko der weitgehenden Vernichtung des Lebens auf unserem Planeten. Die Kriege führenden Staaten verhindern zudem, dass die Menschheit

gemeinsam Maßnahmen ergreift gegen die sich abzeichnende Klima- und Umweltkatastrophe.

Die Hauptverantwortlichen für die sich abzeichnende Umweltkatastrophe sitzen in den Konzern- und Bankzentralen!

Energie-, Agrar-, Chemiekonzerne, Banken, Konzerne wie BlackRock, mit einem Vermögen von 8,4 Billionen €, investieren aber weiter in Rüstung und fossile Energien. Sie geben auch Milliarden aus, um die Umwelt- und Klimazerstörung zu leugnen oder wo das nicht mehr geht, Verwirrung mit Greenwashing zu schaffen. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine versuchen die Bundesregierung und Konzerne, die Umweltbewegung für ihren Kriegskurs



Lohnnachschlag statt Kriegsgewinn!

und das damit verbundene Rollback in der Umweltpolitik einzuspannen.

Die Klimakrise wird von diesen skrupellosen Leuten sogar als Chance gesehen, neue Profitquellen zu erschließen, wie beispielsweise die Arktis. Hunger oder Wasserknappheit sehen sie als Chance, sich zu bereichern. Diese Manager und Aktionäre sind bereit über Leichen zu gehen und jedes Verbrechen zu begehen. Wenn es nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen schnell drastisch zu reduzieren und Umweltschutzmaßnahmen durchzusetzen werden Folgen, die man noch vor kurzem als Jahrhundertereignis betrachtet hat, alle zwei bis drei Jahre geschehen. Um die schlimmsten Folgen noch zu verhindern, spielt also der Faktor Zeit eine entscheidende Rolle. Die politisch Verantwortlichen auch in der BRD sind aber unfähig und unwillig eine Entwicklung zu stoppen, die unseren Planeten auf Dauer unbewohnbar machen wird.



Ukrainekrieg: Wohnhaus in der Bohatyrskajastraße nach Beschuss am 14. März 2022 Foto: Wikipedia

Die Klima- und Umweltkrise sind eine Systemfrage

Milliarden Menschen sind bedroht durch die Profitgier einer verschwindend kleinen Minderheit von Superreichen und Kriminellen. Viele Menschen erkennen, was droht und wehren sich. Noch ist der Widerstand aber noch zu klein und hat nicht die nötige Qualität entwickelt. Widerstand wird oft mit Gewalt unterdrückt und Menschen, oft indigene, werden bedroht. 2020 wurden weltweit 227 Umweltaktivisten ermordet, die Dunkelziffer ist sicher erheblich höher¹⁰. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist unfähig, den Milliarden Menschen auf der Erde eine Zukunft zu schaffen. Sein Hauptzweck ist Profit zu machen und nicht die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Der Kapitalismus führt die Menschheit in die Barbarei. Im Programm der Umweltgewerkschaft heißt es dagegen:

»Wir wollen eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Menschen und Natur. Zentrale Merkmale einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Umweltzerstörung befreiten Gesellschaft sind weltweite ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Produktion auf Basis erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Konsum.«¹¹

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn ein weltweiter Widerstand entsteht, der sich gegen die kriminellen Hauptverursacher der Klima- und Umweltkrise und ihre Politiker richtet. Es fehlt den Verantwortlichen und Politikern nicht an Wissen über die Folgen ihres Tuns. Es fehlt der Wille. Freiwillig, so zeigen die Erfahrungen in den bisherigen Kämpfen, werden die Konzerne ihre Macht allerdings nicht abgeben. Die Einheit von Arbeiter – und Umweltbewegung, politische Streiks für radikale Sofortmaßnahmen im Umweltschutz, die Verbindung zu sozialen Pro-

testen, die weltweit aufflammen – mit diesen Qualitätsmerkmalen wird es uns gelingen, die drohende Umweltkatastrophe abzuwenden. Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

- 1 <https://effis.jrc.ec.europa.eu/apps/effis.statistics/seasonaltrend>
- 2 https://www.berchtesgadener-anzeiger.de/startseite_artikel-wmo-hitze-welle-ist-vorgeschmack-auf-die-zukunft-arid,710390.html
- 3 <https://www.pnas.org/doi/full/10.1073/pnas.2108146119>
- 4 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastung-der-landwirtschaft/lachgas-methan>
- 5 Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)
- 6 <https://www.rnd.de/wissen/hitzetote-im-weltweiten-vergleich-liegt-deutschland-weit-vorne-FEXSC4PL-LATUBZBZGJB5Z6JBZU.html>
- 7 <https://web.de/magazine/wissen/natur-umwelt/klement-tockner-interview-artensterben-37059976>
- 8 <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/pestizidvergiftungen-werden-weltweit-haeufiger/>
- 9 <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/klare-ansage-vom-luftwaffen-chef-putin-leg-dich-nicht-mit-uns-an-80433286.bild.html>
- 10 <https://www.zdf.de/dokumentation/planet-e/planet-e-bedroht-verfolgt-ermordet-100.html>
- 11 Programm der Umweltgewerkschaft, Seite 8

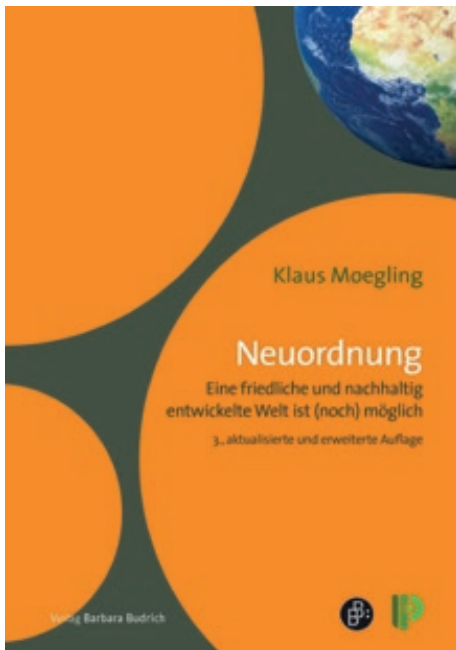
Atombombe über Berlin? Zitat aus Absurdistan, hier aus dem Bundeskanzleramt in Berlin:



**»Wenn die Welt untergeht,
weil wir der Ukraine helfen,
dann soll es halt so sein.«**

Die ukrainische Sängerin Mariana Sadovska
aus dem Bundeskanzleramt in Berlin am 28. März 2022

Für den Krieg um wirtschaftliche, politische und militärische Vorherrschaft sind die Herrschenden und ihre Anhänger bereit, die Welt in Schutt und Asche zu legen. Das verbreitete auch die nationalistische ukrainische Sängerin Mariana Sadovska über die Mikrofone und den Verteiler des Bundeskanzleramts, der es offensichtlich völlig egal ist, ob durch die Waffenlieferungen an die Ukraine die Welt in die Gefahr eines Dritten Weltkrieges gerät.



Aus dem Beitrag »FRIEDEN VERBESSERT DAS KLIMA« von Prof. Dr. Klaus Moegling zitieren wir Auszüge. Sowohl durch Kriege wie auch den militärischen Alltag verursacht das Militär Treibhausgasemissionen, vergiftet und zerstört die Umwelt und damit Menschen, Flora und Fauna.



Prof. Dr. Klaus Moegling
Professur für Politikdidaktik
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
an der Universität Kassel

Gastbeitrag: Militär und Kriege sind Umwelt- und Klimakiller

Einsatz von Waffensystemen

- ☠ Der Abwurf zweier Atombomben auf Japan bewirkte neben einer Viertelmillion Toten allein 1945, bis heute die radioaktive Verseuchung dieser Regionen sowie zahlreiche Krebstote und mit genetischen Defekten geborene Kinder.
- ☠ Radioaktive Munition wurde im Irak und im ehemaligen Jugoslawien von der NATO eingesetzt. Heute auch in Syrien. Die Umwelt wird vergiftet und die betroffenen Gebiete bleiben über lange Zeit verstrahlt. Auffällig häufig kommen Kinder mit Missbildungen auf die Welt. Die Anzahl an Krebserkrankten steigt.
- ☠ Die Atomwaffenversuche sind verantwortlich für die radioaktive Verseuchung verschiedener Regionen sowie für 2,4 Millionen Krebstote bis heute.
- ☠ Etwa 1,6 Millionen Tonnen konventionelle und 220 000 Tonnen chemische Kampfmittel liegen nach aktuellen Schätzungen als Hinterlassenschaften der beiden Weltkriege auf dem Grund von Nord- und Ostsee und rosten vor sich hin – ein enormes Gefahrenpotenzial für Flora und Fauna wie auch für das Bergungspersonal.
- ☠ 1961 wurden Pflanzenschutzmittel in Vietnam nach Anordnung durch den US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy eingesetzt. Ab Februar 1967 das Pflanzengift ›Agent Orange‹, der größte Chemie-Angriff der Geschichte. Das darin enthaltene Dioxin konnte bis heute nicht entfernt werden und ist für massive Krebserkrankungen und Gendefekte in Vietnam verantwortlich.
- ☠ Brennende Ölquellen z.B. im Irak-Krieg oder in Saudi-Arabien im Rahmen des Jemen-Kriegs, sorgten für eine massive Verschmutzung der Biosphäre mit Kohlenstoffdioxid (CO₂).
- ☠ Die USA und ihre Verbündeten töteten über 30 Jahre hinweg insgesamt 2,7 Millionen Menschen im Zuge des 2. und 3. Golfkrieges und den nachfolgenden Einsätzen und Maßnahmen.

Militärische Hinterlassenschaften und Militärbetrieb

- ☠ Wenn Truppen ein besetztes Gebiet räumen, hinterlassen sie ein ökologisches Desaster. Die US-Armee darf keine Materialien zurücklassen. Alles wird verbrannt, was nicht mitgenommen wird. In große Gruben, in denen u.a. Ölrückstände, chemischer Abfall, Sprengstoff, Batterien, Farbe, Autowracks in Flammen aufgehen. Durch die entstehenden Emissionen gelangen Giftpartikel ungefiltert in die Luft mit schädlichen Auswirkungen für Mensch und Umwelt.
- ☠ In den vergangenen Jahrzehnten wurden mehr als 100 Millionen Landminen in über 70 Ländern gelegt. Kampfmittelverseuchte Gegenden sind langfristig weder für Wohnungsbau noch für Landwirtschaft nutzbar. Sie sind eine todbringende Gefahr für die dort lebenden Menschen.
- ☠ Das weltweite Militär ist einer der gefährlichsten institutionellen Klimaschädiger, das bereits im »Normalbetrieb« massive Schäden verursacht. Ein Eurofighter verbrennt pro Flugstunde circa 3.500 kg Treibstoff, wobei circa 11 Tonnen CO₂ entstehen. Ein Panzer verbraucht je nach Gelände pro 100 km circa 500 Liter Treibstoff. Wäre die US-Armee ein Nationalstaat, wäre sie der 47. größte Emittent von Treibhausgasen in der Welt, wenn man nur die Emissionen aus der Kraftstoffnutzung berücksichtigt. Damit verursacht das US-Militär alleine mehr Emissionen als Portugal, Schweden oder Dänemark.

Klimaschutz braucht Abrüstung. Rüstung und Kriege zerstören die Umwelt und auch das politische Klima. Die Kriege in der Ukraine, Jemen, Syrien, Mali und anderswo fördern Hass, primitive Hetze, Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus. Um die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch zu verhindern, ist dagegen Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Nationen notwendig.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln



Das sagte der preußische Militärwissenschaftler Carl von Clausewitz Anfang des 19. Jahrhunderts über das Wesen von Kriegen.¹ An dieser Definition, warum es zu Kriegen kommt, hat sich bis heute nichts geändert. Es ist also wichtig zu untersuchen, warum ein konkreter Krieg geführt wird.



Es geht, abgesehen von wirklichen Befreiungskriegen, die gegen den Kolonialismus und neokoloniale Ausbeutung geführt wurden und werden, vor allem den wirtschaftlich und militärisch stärksten Ländern um Kontrolle von Rohstoffen, Absatzmärkten und Handelswegen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg nannte auch die durch die Klimakrise bedrohten Rohstoffe wie Wasser als Kriegsziele und Quelle für Kriege. Die Wasserressourcen kontrollieren wollen internationale Konzerne wie Nestle, Coca Cola und in deren Auftrag werden Regierungen aktiv. Kontrolle von Wasser bedeutet auch politische Kontrolle und dient der Unterdrückung. Staaten wie z.B. Israel entziehen den Palästinensern den Zugang zu ihren Wasserquellen und können so das Leben der Menschen in den besetzten Gebieten kontrollieren. Kontrolle auch mit militärischer Gewalt und Kriege gegen wirtschaftliche Konkurrenten, Unterdrückung von Befreiungsbewegungen sind ständige Begleiterscheinungen des heutigen Kapitalismus. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem geht es immer in erster Linie um die Realisierung von Profiten.

Behauptungen, in diesen Kriegen ginge es um Freiheit, Demokratie und Ver-

teidigung von Menschenrechten, sind dagegen reine Propaganda. Die Kriege führenden gesellschaftlichen Kräfte müssen der Bevölkerung ja Erklärungen liefern, damit sie einen Krieg nicht ablehnt, nicht dagegen protestiert und sich zumindest neutral verhält. Auch der Krieg in der Ukraine wird nicht um Demokratie geführt. Die Ukraine wird von Oligarchen beherrscht und viele demokratische Rechte und Freiheiten wurden unter der Regierung Selenskyj abgebaut. Die ukrainische Bevölkerung muss aber selbst entscheiden können, wie sie leben will. Der militärische Überfall durch Russland muss deshalb abgelehnt werden. Russland muss seine Truppen zurückziehen und für die Kriegsschäden zahlen. Auch NATO und USA liefern nicht Waffen für Demokratie und Freiheit Europas oder der ukrainischen Bevölkerung. Es geht um ukrainisches Ackerland, die Rohstoffe und darum, Russlands Einfluss in Osteuropa zurückzudrängen. Die angeblichen Verteidiger der Demokratie sind bereit, dafür einen Dritten Weltkrieg zu führen.

Mit der technischen Entwicklung haben sich auch die Waffen weiterentwickelt. Kriege werden von den Militärs immer auch als Übungsfeld für den Einsatz neuer Waffen benutzt. Es werden immer neue zerstörerische Waffen eingesetzt und vor allem die Zivilbevölkerung wird in die Kampfhandlungen einbezogen. Laut »amnesty international« hat die ukrainische Armee Waffensysteme in Wohngebieten stationiert und gefährdet damit die dort lebende Zivilbevölkerung. Auch die russische Armee schont Zivilisten nicht. Die NATO-Truppen und die US-Armee sind in allen Kriegen ebenfalls rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgegangen. Kriege zerstören Infrastrukturen, Wohngebäude und die natürliche Umwelt. Das sind viele Gründe, Kriege zu verhindern, und ausgebrochene Kriege müssen schnell beendet werden. Das kann gelingen, wenn die Bevölkerung der Krieg führenden Staaten den Kriegstreibern Widerstand leistet. Kriege sind ein riesiges Geschäft für die Rüstungskonzerne, die mit staatlichen Aufträgen Milliardenprofite realisieren können.

¹ Vom Kriege Carl von Clausewitz, <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf>



Aktiv werden gegen Weltkriegsgefahr!

Atomkrieg = Menschheitskatastrophe, globale Umweltkatastrophe!



www.umweltgewerkschaft.org



post@ug-buero.de

Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945 waren die bislang einzigen Einsätze von Atombomben. Die Explosionen töteten insgesamt ca. 100.000 Menschen sofort – fast ausschließlich Zivilisten und von der japanischen Armee verschleppte Zwangsarbeiter. An Folgeschäden starben bis Ende 1945 weitere 130.000 Menschen. In den nächsten Jahren kamen weitere Tausende dazu. Heute noch sterben an den Langzeitfolgen Menschen qualvoll.

Ein Feuersturm vernichtete elf Quadratkilometer der Großstadt Hiroshima und trieb den für Atombombenexplosionen charakteristischen Atompilz bis in 13 Kilometer Höhe. Dieser verbreitete hoch kontaminiertes Material, das etwa 20 Minuten später als radioaktiver Niederschlag auf die Umgebung niederging.



9. August 1945: Blick auf die radioaktive Wolke der auf Nagasaki abgeworfenen Bombe, wie sie in Koyagijima aus einer Entfernung von gut 10 Kilometern zu sehen war. Der US-amerikanische B-29-Bomber warf die Atombombe mit Spitznamen »Fat Man« ab, die kurz nach 11 Uhr im nördlichen Teil von Nagasaki über dem Boden explodierte.

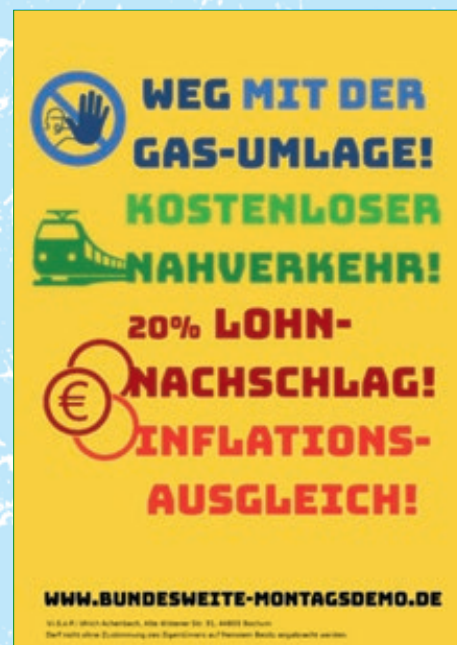
Insgesamt wurden 70.000 der 76.000 Häuser zerstört oder beschädigt.

Sechs Tage nach dem zweiten Bombenabwurf auf Nagasaki gab der japanische Kaiser die Kapitulation bekannt. Bis heute beharrt die US-amerikanische Regierung darauf, die beiden Abwürfe wären notwendig gewesen, um noch weitere Opfer zu verhindern und den Krieg schnell zu beenden. Aber zu diesem Zeitpunkt waren längst das faschistische Italien und Nazi-Deutschland geschlagen. Das faschistische Japan war am Ende und die Rote Armee stand vor den Toren. Ein weiteres Vorrücken sollte mit der schnellen Kapitulation verhindert werden, weil die USA die Macht über das besiegte Japan nicht teilen wollte. Außerdem wollte die US-Regierung die beiden Atombomben in einem bestialischen Akt testen.

Nach Beginn des Ukraine-Kriegs machte die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP innerhalb kürzester Zeit eine Kehrtwende. Statt »Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit« verfolgt man eine aggressive Außenpolitik, eine gigantische Aufrüstung mit dem 100-Milliarden-Programm und ein Rollback in der Umweltpolitik.

Der Versuch, Russland mit den Sanktionspaketen in die Knie zu zwingen, ist bisher gescheitert. Die Boykottmaßnahmen treffen vor allem die Bevölkerung hierzulande. Die Ampel hält aber trotzdem an ihrem selbstmörderischen Kurs fest.

Mit der Aufgabe von NordStream2 und dem Kauf von Fracking-Gas aus den USA unterstützt die Ampel die Ambitio-



Gleichaltrige, die an anderen Orten leben. Fracking vergiftet Grundwasser, Luft, Pflanzen und Tiere. Eine im Januar 2022 in

Der Umweltschutz darf nicht der Aufrüstung und dem Kriegskurs geopfert werden!

nen der US-Konzerne im Weltwirtschaftskrieg, Energielieferant Nr. 1 zu werden. Bis 2030 will die USA deshalb das Fracking sogar noch um 15 Prozent steigern.

Deutschland ist der weltweit sechstgrößte Treibhausgasemittent. Im Zusammenhang mit ihren Embargobeschlüssen beschloss die Ampel-Regierung trotzdem u.a. wieder vermehrt Kohle und gefracktes Gas aus den USA zur Energieerzeugung einsetzen. Ein völliger Irrsinn. Die fossilen Energieträger sind ja gerade ein Hauptverursacher der weltweiten Klimakrise.

Um Kohle abzubauen, werden in Kolumbien Regenwälder abgeholzt und die dort lebende indigene Bevölkerung vertrieben. Ihre Wasserressourcen werden verseucht, die Luft verschmutzt und Menschen krank gemacht. Der gleiche Raubbau findet beispielsweise auch in Indien statt. Die vormals artenreichen Wälder werden vernichtet, Millionen Menschen vertrieben und deren Gesundheit bedroht.

Nach einer Studie der US-Universität Harvard sterben Menschen im Alter von über 65 Jahren, die in der Nähe von US-Fracking-Standorten leben, früher als

Nature Energy veröffentlichte Studie von zehn Forschern der Harvard-Universität, bestätigt bisherige Ergebnisse über Gesundheitsschäden bei Schwangerschaften, im Atmungssystem und erhöhten Krebs¹. Der Transport von LNG ist eben-



falls sehr umweltschädigend. Abermillionen Tonnen Schweröl werden beim Transport verbrannt, beim Herunterkühlen und der Regasifizierung geht ein beträchtlicher Teil der Energie verloren. Frei

wird Methan, das besonders klimaschädigend ist. Obwohl das alles bekannt ist, werden von der Ampel-Regierung Milliarden ausgegeben, um LNG-Terminals zu bauen.

Auch die Laufzeit von AKWs soll verlängert werden. Demagogisch wird das als Beitrag zur Einsparung von Gas bei der Stromerzeugung verkauft. Der Weiterbetrieb der AKWs, die viele korrosionsbedingte Risse an Rohren, wie in Neckarwestheim haben, ist unverant-



wortlich. Bei einem Betrieb nach dem 1. Januar wäre die letzte Sicherheitsprüfung 13 Jahre alt. Ein Weiterbetrieb wäre nur möglich bei Reduzierung der Sicherheitsanforderungen.

Im großen Stil will der französische staatliche Stromkonzern EDF eine Laufzeitverlängerung der schon durchschnittlich 36 Jahre am Netz befindlichen 56 AKWs auf mindestens 50 bis 60 Jahre. Auch Belgien kippt den für 2025

geplanten Atomausstieg. Schon im März 2022 hatte die Regierung die Laufzeit zweier AKWs, darunter der Schrottreaktor Tihange 3, bis mindestens 2035 verlängert. Damit wächst die Gefahr eines atomaren GAUs mitten in Europa.

Im Magazin »Perspektive« und in der Broschüre der Umweltgewerkschaft »Atomkraftwerke sind eine Sackgasse und keine »Klimaretter!« haben wir belegt: Auch wenn der Betrieb der AKWs selbst wenig CO₂ freisetzt, ist der Ge-

Antikriegs-Demonstration
in Kassel

Bombenstimmung!

„Mehr Fortschritt wagen 2022“
Hartz-4-Erhöhung: unglaubliche 3 Euro • Klimaschutz: besser nie als gar nicht!

neue Kriegskredite:
100.000.000.000 Euro
und als Schmaus für Rheinmetall, Kraus-Maffei, Heckler&Koch, Airbus, Lockheed-Martin & Co. quasi
+ 2% des BIP = ca. 75.000.000.000 Euro

SPD

die Staatstragendste Partei Deutschlands

samtprozess vom Uranabbau bis zum Atommülllager extrem klima- und umweltschädlich. Atomkraftwerke bedrohen Leben und Gesundheit von Menschen, belasten tausendende Generationen mit Atom Müll und sind die teuerste Art Strom zu erzeugen. Auch Endlager fehlen bis heute.

Die große Mehrheit der Bevölkerung zahlt diesen Kriegskurs durch massive Inflation, erhöhte Preise für Lebensmittel und Energie. Die Konzerne hingegen schaufeln zusätzlich Extraprofite z.B.

durch die Gasumlage und Raubpreise an den Tankstellen. Völlig inakzeptabel!

Mit dem Betrieb von Atomkraftwerken ist eine militärische Nutzung sehr eng verbunden. Der französische Präsident Emanuel

Macron erklärte ganz offen: »ohne zivile Atomkraft keine militärische Atomkraft, ohne militärische Atomkraft keine zivi-

le Atomkraft.« Mit 300 Sprengköpfen auf vier Atom-U-Boten und auf Luft-Bo-den-Raketen ist Frankreich viertgrößte Atommacht². Auch in Großbritannien ist der Ausbau von Hinkley-Point mit dem Besitz von 220 Atomsprengköpfen verbunden³. Die Renaissance der Atomenergie zielt auf die weitere Aufrüstung Europas mit Atomwaffen. Mit der Anschaffung neuer F-35-Kampfflugzeuge im 100 Milliarden »Sondervermögen« will Deutschland die »nukleare Teilhabe« verstärken, um die 20 in Büchel liegenden US-Atombomben ins Ziel zu bringen. In Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und der Türkei sind 180 US-Atombomben gelagert⁴. Europa wird damit ein Brennpunkt eines Atomkriegs. Die Forderungen der Umweltgewerkschaft sind deswegen hochaktuell:

✦ Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber!

Verbot und Vernichtung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen!

✦ Drastische Sofortmassnahmen für den Klimaschutz.

Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien!

✦ Fracking stoppen – Verbot von Fracking weltweit – Baustopp für LNG-Terminals!

✦ Aktiver Widerstand für den Weltfrieden und gegen die drohende Umweltkatastrophe! Umwelt-, Friedens- und Arbeiterbewegung gemeinsam!

- 1 www.heise.de/tp/features/ToedlichesFracking-6655956.html?seite=all
- 2 www.atomwaffena-z.ino/heute/atomwaffenstaaten/frankreich.html
- 3 www.luzernerzeitung.ch/international/ukraine-krieg-einziges-eu-land-mit-atomwaffen-frankreich-macht-nuklear-flotte-bereit-ld.2267670
- 4 www.icanw.de/fakten/weltweite-atomwaffen/deutschland/



USA größter Umweltverbrecher zu Kriegszeiten

Der Einsatz der Pflanzenvernichtungsmittel »Agent Orange« aus den Chemiefabriken von Dow Chemical, Monsanto und mehreren Dutzend anderen Firmen war ein verbrecherischer Che-

Zusätzlich wurden die ausgetrockneten Wälder durch Napalm in Brand gesetzt. Das zweite Hauptziel des Einsatzes von »Agent Orange« und weiterer Herbizide galt der gezielten Vernichtung der Ernte. Neben der Vernichtung der Ernte und der Zerstörung der Anbauflächen durch langfristige Vergiftung der Böden verbrannten die US-Truppen systematisch die Reisvorräte in den Dörfern und bombardierten die für den Reisbau wichtigen Deichsysteme. Die dritte Katastrophe war der kombinierte Einsatz von »Agent Orange« und



US-Flugzeuge versprühen »Agent Orange« (TCDD)-Herbizide über Vietnam. TCDD ist der giftigste Vertreter der Dioxine.

miewaffeneinsatz der US-Armee im Vietnam-Krieg und die erste bewusst geführte ökologische Kriegsführung der Geschichte. Mehr als 45 Millionen Liter gingen zwischen 1962 und 1971 während der Operation »Ranch Hand« über dem Land nieder.

Die US-Armee beschränkte sich bei ihren Operationen in den tropischen Wäldern nicht auf bloße Entlaubungsaktionen, sondern vernichtete die Pflanzen- und Tierwelt vollständig. Die Herbizide wurden in ungeheuer starken Konzentrationen eingesetzt.

Bombardements auf die Mangrovenwälder, die aufgrund ihres Reichtums an Fischen und Meeresfrüchten eine wichtige Nahrungsquelle der in diesen Regionen lebenden Menschen abgeben und außerdem einen Schutzwall gegen eindringendes Meerwasser, Versalzung und Abschwemmung der Küste bieten.

Da sich Dioxin nur sehr langsam aus den Böden ausschwemmt, waren ganze Landstriche partiell vergiftet. All dies war der US-Militärführung bekannt.



Julian Assange

Warum ist es richtig, die Kriegsverbrechen des russischen Militärs anzuprangern und mit aller Härte verfolgen zu wollen und die bekannten Kriegsverbrechen der US-Soldaten im Irak und Afghanistan nicht? Man erinnere sich an die menschenverachtenden Exzesse von US-Soldaten im irakischen Gefängnis von Abu Ghraib und die Erschießung von Zivilisten in Afghanistan. Statt diese Verbrechen zu verfolgen, wird der Wikileaks-Gründer Julian Assange, der solche Verbrechen aufgedeckt hat, seit vielen Jahren von der US-Justiz verfolgt. Wenn er jetzt nach dem Willen der »demokratischen« britischen Justiz ausgeliefert wird, drohen ihm 175 Jahre Gefängnis. Nicht die Verbrecher stehen vor Gericht, sondern der, der sie öffentlich macht.



Schmutzige Lobbyarbeit der Konzerne

Der Glyphosat-Hersteller Monsanto, der von Bayer übernommen wurde, hat in Deutschland und auch in Großbritannien wissenschaftliche Studien verdeckt finanziert. Ziel ist, den angeblichen Nutzen des Unkrautvernichtungsmittels zu »beweisen«. Lobbycontrol recherchierte, dass zwei von der Beratungsfirma RSK Adas verfasste Studien in der Fachzeitschrift Outlooks on Pest Management veröffentlicht wurden, ohne dass Mon-

santo als Auftraggeber und Finanzier genannt wurde. 2019 war ein ähnlicher Fall in Deutschland aufgefliegen. Der Gießener Agrarwissenschaftler Michael Schmitz hatte mit einigen Mitstreitern eine Studie im Auftrag und bezahlt von Monsanto veröffentlicht. Schmitz, der jahrelang das Bundeslandwirtschaftsministerium beriet, behauptet weiter, die beiden Expertisen seien »ohne Förderung durch Dritte« entstanden. Das

»Journal für Kulturpflanzen«, das vom Julius-Kühn-Institut herausgegeben wird, zog die Aufsätze zurück. Es ist nicht davon auszugehen, dass Bayer die Praxis von Monsanto nach der Übernahme geändert hat. Der Konzern will auch weiterhin Glyphosat, vor allem außerhalb der EU verkaufen, weil es kaum Kontrollen von staatlichen Behörden gibt.

Weltweites Verbot von Glyphosat!

Die Grünen: Panzerfans statt Pazifisten

Der frühere Außenminister Joschka Fischer wurde 1999 wegen des Krieges der Bundeswehr gegen Jugoslawien zu Recht als Kriegstreiber beschimpft. Auf einem Parteitag bewarfen ihn Mitglieder mit einem Farbbeutel.

2001 ging es angeblich um die Befreiung der Frau in Afghanistan und der grüne

Parteitag stimmte zu. Dann musste »die Sicherheit Deutschlands am Hindu-kusch verteidigt« werden. In Wirklichkeit drehte es sich um Einfluss-sphären und Bodenschätze. Die Einsicht, dass man in Afghanistan kein freundlicher

letstück mit besten Bodenschätzen, Weizen und gut ausgebildeten Arbeitskräften. So was lässt sich die EU nicht von Russland wegschnappen. Deshalb stimmten die Grünen dem Antrag zu, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Frau Baerbock: »Putin und seine Armee dürfen diesen Krieg nicht gewinnen«. Eine »wertebasierte Außenpolitik« müsste eigentlich für Frieden sein und den Krieg beenden wollen und nicht für »Krieg gewinnen«. Aber »wertebasiert« klingt natürlich besser als »machtpolitisch«.

Die Grünen warben im Wahlkampf noch für Ab- statt Aufrüstung. Aber

Machtpolitik. In der Debatte um schwere Waffen ist die Partei überwiegend geeint. 72 Prozent der Grünen-Wähler sprachen sich in einer Umfrage dafür aus – so viel wie in keiner anderen deutschen Partei³.

Nun wollen die Grünen ein starkes Deutschland, das in der Welt mitsprechen kann. Die Eskalation des Ukraine-kriegs ist verbunden mit der Wende zu offen aggressiver Außen- und Militärpo-



Schlecht getarnte nato-olivgrüne Bellizisten Hofreiter, Baerbock, Habeck

litik vieler Länder. Das ist die Vorbereitung zu einem Dritten Weltkrieg. Auch Frau Baerbock ist mit dabei.

Als einer der größten Scharfmacher

Lieber Robert Habeck,

da hast Du Philosoph dir was ausgedacht und schnell unter die Leute gebracht: den ökologischen Patriotismus. Als Philosoph hätte dir allerdings auffallen müssen, dass Ökologie und Patriotismus gar nicht zusammen gehen.

Der Ökologie sind Ländergrenzen Wurst, wie man leicht am Klima sehen kann. Und wie Du das Klima patriotisch stimmen willst, das wäre ne Zirkusnummer wert. Auch unsere Bo-

denschätze sind gar nicht patriotisch eingestellt. Sonst wären sie nicht so ungleich auf der Erde verteilt. Oder die Fische in den Weltmeeren schwimmen gerade wie es ihnen passt und nicht nach Ländergrenzen.

Wäre es da nicht besser, wir würden unser Leben auf der Erde nach der Natur richten und nicht anders herum, nach der vaterländischen Gesinnung? Gerade weil die Natur kein Vaterland kennt, passt doch zur Natur nur ein weltumspannendes und an der Einheit von Natur

und Mensch ausgerichtetes System. Dann gibt es keine Kriege mehr, keinen Streit um Bodenschätze und die Werktätigen der Welt könnten über das, was sie tagtäglich schaffen auch bestimmen. Die Natur gibt eine Kreislaufwirtschaft vor und keine Profitwirtschaft. Für die Profitwirtschaft passt allerdings dein Patriotismus: damit die Granaten fliegen können, sollen wir im Winter frieren. »Kanonen statt Butter«, schärfte Rudolf Hess im Oktober 1936 den Deutschen ein. Sind wir bald wieder so weit?

Gast war, hat sich bei den GRÜNEN bisher nicht herumgesprochen.

Fast genau zwei Jahrzehnte dauerten die Einsätze von UN bzw. NATO und den USA in Afghanistan an. Rund 3.600 Soldaten (NATO und USA) ließen bis 2020 bei den Operationen OEF und OFS ihr Leben¹. »240.000 Tote, 5,5 Millionen Menschen auf der Flucht – die grausame Bilanz des 20-jährigen Krieges in Afghanistan. Den höchsten Preis zahlten die Afghanen/innen. Bei diesen Zahlen handelt es sich um die konservativsten Schätzungen lokaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen².«

Heute muss die »Freiheit Deutschlands und Europas« angeblich in Kiew verteidigt werden und die Grünen trommeln dafür. Die Ukraine ist ein Fi-

vor den Wahlen will man Stimmen gewinnen, nach den Wahlen macht man

entpuppte sich Anton Hofreiter. Er galt bisher als Exponent des (ach wo) »linken« Flügels der »Grünen«. Jetzt verlangt er von der Bundesregierung als Antwort auf die »rücksichtslos-brutale Art« des russischen Neuimperialismus »Realpolitik in ihrer brutalsten Ausprägung⁴«.

Seine »Realpolitik« verwandelte den ehemaligen Anti-Atomkraft-Kämpfer⁵ Hofreiter »in einen hemmungslosen Kriegstreiber«.



1 Quelle statista Stand: 30. Juni 2021

2 Neue Zürcher Zeitung vom 19.08.2021

3 Handelsblatt vom 30.04.2022

4 »Grünen-Mann Hofreiter fordert neue Ukraine-Politik«, focus.de 6.4.2022

5 Biografie Anton Hofreiter, was-war-wann.de 28.4.2022



Der Uranabbau ist eine Bedrohung für das Ökosystem einer Region und ein Gesundheitsrisiko für die Mitarbeiter und die umliegende Bevölkerung. Ein Fakt, der von den Betreibern und Medien immer unterschlagen wird. Uran wird vorwiegend aus Erzen, die im Tief- wie auch Tagebau abgebaut werden, gewonnen. Enorme Mengen Erz sind notwendig, aus dem dann in mehreren Schritten das Uran gewonnen wird. Für 160 bis 175 Tonnen Uran bei einer Konzentration von 0,2 Prozent, müssen über 80.000 Tonnen Gestein bewegt und ausgebeutet werden. Bei der Förderung von Uranerz werden große Mengen an Wasser benötigt und zusätzliches Wasser zur Löschung des radioaktiven Abraumstaubs. Für die größte Uranmine ›Olympic Dam‹ (Australien) werden jeden Tag zweistellige Millionen Liter frisches Grundwasser aus dem wichtigsten Grundwasserleiter, dem Großen Artesischen Becken, zur Mine gepumpt. Die Senkung der Grundwasserspiegel bedroht die einheimische Flora und Fauna und auch die Stämme der Aborigines, die seit Hunderten von Jahren in dieser trockenen Region leben. An etwa 50 Orten weltweit wurde und wird Uran abgebaut. Auch Russland gehört zu den großen Playern im Urangeschäft. Der staatliche Konzern Rosatom wirbt damit, dass er über »Kompetenzen« entlang der ganzen Lieferkette – vom Abbau des Urans bis zur Entsorgung nuklearer Abfälle – verfügt¹. Dem widerspricht allerdings total, was tatsächlich z.B. mit denen vom Militär ausgerichteten Waffen passiert.

Jeder sechste Reaktor weltweit ist auf Rosatom-Brennelemente angewiesen, darunter 18 osteuropäische und das finnische AKW. 26 Prozent des in der EU verwendeten Urans werden von Rosatom angereichert².

In Frankreich beispielsweise gab es bis zur Schließung der letzten Uranmine 2001, 210 Uranminen. Im Vordergrund stand zu Beginn Uranabbau zur Produktion von Plutonium für das Militär und die Atombomben. Jahrzehntlang wurde

nicht verwertbares Gestein als Füllmaterial verteilt: auf Fußballfeldern, Parkplätzen, Grünanlagen, Bauplätzen. Ganze Dörfer wurden auf radioaktivem Gestein erbaut, Messungen manipuliert, alarmierende Berichte von Ministern unter Verschluss gehalten. Etwa 166 Millionen Tonnen Gestein und 55 Millionen Tonnen Schlämme kontaminieren Gebiete. Uran sei schwach radioaktiv, so verharmlost bis heute der staatliche Konzern Orona (vormals Areva) die Gefahr. Hierzulande versucht man mit dem gleichen Argument Bauschutt aus dem Abriss des Atomkraftwerkes Brunsbüttel auf Hausmülldeponien zu »entsorgen«. Der ehemalige grüne Umweltminister Habeck hat sich dafür eingesetzt, den Widerstand dagegen zu unterdrücken.

Die gesundheitliche Bedrohung von Menschen, die in der Nähe oder auf kontaminierten Gebieten leben, wird von Orona bestritten. Es gibt aber Erkenntnisse, dass das Lungenkrebsrisiko bei ehemaligen Minenarbeitern um 40 Prozent höher ist, als bei der Normalbevölkerung.

Von 1946 bis 1990 wurden in Sachsen und Thüringen Uranvorkommen ausgebeutet. Die DDR war zeitweise der drittgrößte Uranproduzent der Welt.

Bis heute sind die ehemaligen Uranabbaugebiete stark belastet: Über 300 Millionen Kubikmeter Abraumhalden, 160 Millionen Kubikmeter giftiger und radioaktiver Schlammseen und kontaminierte Aufbereitungsanlagen müssen entsorgt werden. 2.200 Menschen sind damit beschäftigt. Sickerwasser muss wegen seiner radioaktiven Belastung über Jahrhunderte aufbereitet und die insgesamt 21 Bergwerkstandorte überwacht werden. Für die Sanierung von Altlasten (Minen, deren Förderung in den 1950er/60er Jahren endete) bekommen

aber betroffene Gemeinden keine finanzielle Unterstützung. Ein Generalvertrag zwischen Bundesregierung und dem Land Thüringen regelte, dass letzteres für die Sanierung sämtlicher Altlasten zuständig ist. Für Sanierung der Uranminen ist kein Geld mehr vorhanden.

Wie in Frankreich verharmlosen auch bundesdeutsche Behörden die Gefahr, die von Abraumhalden, von im Straßenbau oder sonst verwendetem uranhaltigem Gestein ausgeht. 4,5 Millionen Jahre wird es dauern, bis der Atom Müll keine Bedrohung mehr ist. Dafür, dass zwei bis drei Generationen einen Stoff benutzt haben, der die Existenz der Menschheit bedroht.

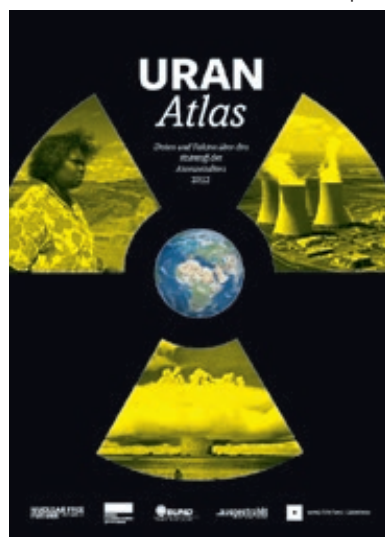
Lungenkrebs der Bergarbeiter als Berufskrankheit anerkannt

Das Bundesamt für Strahlenschutz führt seit Jahren eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Folgen des Uranabbaus in der ehemaligen DDR durch. Bis 1990 hat die Sozialversicherung die Lungenkrebskrankung von 5.492 Wismut-Bergarbeitern als Berufskrankheit anerkannt. Nach der Wiedervereinigung kamen bis 2011 weitere 3.696 Erkrankte hinzu. Darüber hinaus wurde 17.251 Wismut-Bergarbeitern eine Staublunge als Berufskrankheit attestiert³.

Eine entsprechende Öffentlichkeit gibt es in anderen Abbaugebieten nicht. In Niger, Namibia, Kasachstan, Kanada, Australien etc. sind meist indigene Völker betroffen und es fehlt natürlich an Aufklärung.

Ab dem Zeitpunkt also, wenn Uran gefördert wird, stellt dieses Material eine Bedrohung für Natur und Menschen dar. Es ist deshalb menschenverachtend, dass das EU-Parlament Atom

ein grünes Label verpasst hat. Es ist ebenso menschenverachtend, dass bundesdeutsche Parteien sich für eine Laufzeitverlängerung der AKWs hier einsetzen.



1 <https://rosatom-europe.com/de>
2 .ausgestrahlt Ausgabe 55, Juni/Juli/August 2022
3 <https://www.sueddeutsche.de/wissen/uranabbau-in-ostdeutschland-strahlende-landschaften-1.2421153-0>

Abb: Panorama: Rio Tinto-Uranmine in Namibia

Die Energieversorgung mit beschleunigtem Kurs auf erneuerbare Energien zu organisieren – das wünschen sich viele Menschen. Und es wäre dringend nötig

LNG-Terminals mit dazugehöriger Infrastruktur geplant, genehmigt und gebaut.

Ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren erscheint zunächst positiv. Wir

stellten uns darunter vor, man könnte hunderttausende Kraftwärmepumpen bestellen und sich komplizierte Renovierungsanträge sparen. Doch was passiert

Jetzt 100 % erneuerbare Energien durchsetzen – statt LNG-Terminals bauen!

auch angesichts der historisch beispiellosen Hitzewellen weltweit. Energie auf Basis von Wind-, Solar- und weiteren erneuerbaren Energien ist im Überfluss vorhanden und mittlerweile industriell kostengünstig nutzbar.

Die Abkehr von russischen Gas- und Öl-Importen zur Sicherstellung der Energie- und Versorgungssicherheit ist jetzt in aller Munde. Wir müssen aber überhaupt weg von Öl- und Gaslieferungen,



LNG-Terminal

egal woher. Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen den Bau der LNG-Terminals und einer damit einhergehenden Verlängerung der Verbrennung von klimaschädlichen Treibhausgasen aus.

Laut unabhängigen Studien sind die geplanten LNG-Terminals für die Versorgungssicherheit Deutschlands nicht nötig. Diese könnte über das Europäische Gasnetz und schon vorhandene LNG-Terminals sichergestellt werden¹. Hinzu kommt, dass die Kapazitäten der geplanten LNG-Terminals die jetzigen Russischen Gasimporte deutlich übersteigen würden². Auch andere europäische Länder planen weitere Anlagen. Das alles soll uns als Teil einer Übergangsstrategie hin zu erneuerbaren Energien verkauft werden. Während erneuerbare Energien aber weiterhin ausgebremst werden und jedes popelige Windrad einen jahrelangen Genehmigungsprozess durchlaufen muss, werden die LNG-Terminals im Eilverfahren durchgewunken. Es gibt noch nicht einmal ein Gesetz, sondern nur den Entwurf einer Formulierungshilfe und schon werden die ersten schwimmenden

Gas-Kraftwerke produzieren weniger CO₂ als Kohle-Kraftwerke

Das stimmt so erst mal. Pro Kilowattstunde Strom wird, verglichen mit der Verbrennung von Braunkohle, unmittelbar vor Ort halb so viel CO₂ emittiert. Jedoch wenn man »über den Tellerrand des Kraftwerks blickt«, sieht das Ganze anders aus. Erdgas besteht überwiegend aus dem klimaschädlichen Gas Methan. Welches, verglichen mit CO₂, in den ersten 20 Jahren ein etwa 87fach höheres Treibhauspotenzial hat. Nun könnte man einfach davon ausgehen, dass das Methan nicht in die Atmosphäre gelangt. Verschiedene Studien haben genau das, die Methanverluste bei der Produktion, Weiterverarbeitung etc. untersucht. Die Werte schwanken. Eine auf Satellitenbildern basierte Studie hat 2020 einen Verlust von 3,7 % für das größte Öl- und Gasförderungsgebiet der USA berechnet¹.

Das ICCT (International council on clean transportation) geht von einer Verlustrate von ca. 2,6 % aus. Andere Studien kommen auf eine Verlustrate von über 7 %². Nun stellt sich die Frage: »ab wie viel Verlust ist der ‚Vorteil‘ der Methan Verbrennung weg?« Die BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) berechnet diesen Wert in einer Literaturstudie und kommt zu dem Ergebnis 2,7 %³. Wenn man jetzt also die Verluste mit den 2,7 % vergleicht, verschwindet der Treibhausgas »Vorteil« von Erdgas. Für die Abkühlung auf minus 162 °C, sowie für die lange Transportstrecke mit LNG-Schiffen werden zudem bis zu 25 % des Gas-Brennstoffes verbraucht. In diese Betrachtung noch nicht eingeflossen sind weitere Umweltschäden und Verschmutzungen. Schlussendlich bleibt Erdgas ein fossiler Energieträger und somit wird die Verbrennung niemals nachhaltig!

- 1 Y. Zhang et al., »Quantifying methane emissions from the largest oil-producing basin in the United States from space«, Science Advances, vol. 6, no. 17, p. eaaz5120, 2020, doi: 10.1126/sciadv.aaz5120
- 2 Z. D. Weller, S. P. Hamburg, and J. C. von Fischer, »A National Estimate of Methane Leakage from Pipeline Mains in Natural Gas Local Distribution Systems«, Environ. Sci. Technol., vol. 54, no. 14, pp. 8958–8967, Jul. 2020, doi: 10.1021/acs
- 3 »BGR – Erdgas -Klimabilanz von Erdgas Literaturstudie zu Methanemissionen bei der Erdgasförderung sowie dem Flüssiggas- und Pipelinetransport nach Deutschland.« www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Themen/Energie/Produkte/bgr_literaturstudie_methanemissionen_2020.html?nn=1542230 (accessed Mar. 24, 2022)

in der Realität: das beschleunigte Genehmigungsverfahren dient nun stattdessen dem Ausbau der LNG-Terminals. So verkehrt sich diese Politik ins Gegenteil und richtet sich gegen die zu schützenden Güter (Menschen, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Luft, Klima und Kulturgüter, sowie die Wechselwirkungen dieser; siehe Umweltverträglichkeitsprüfung). Im Umfeld der geplanten Terminals liegen Sondermüllverbrennungsanlagen, Che-



Gas-Kraftwerk Hamm

mieanlagen und stillgelegte AKWs. Die Prüfung der Gefährdung der Bevölkerung wäre also dringend geboten.

Dabei wird LNG-Gas aufgrund von Verlusten des sehr treibhaussschädlichen Methan-Gases als mindestens so schädlich wie die Kohleverbrennung angesehen (siehe nebenstehenden Kasten »Gas Kraftwerke produzieren weniger CO₂ als Kohle«). Jetzt getätigte Investitionen in fossile Energieträger werden mindestens die nächsten 20 Jahre dazu beitragen, klimaschädliche Gase in die Atmosphäre zu entlassen. Aber genau das scheint der Plan zu sein. Eines der Ergebnisse der Klimakonferenz (Glasgow 2021) war, keine Steuergelder mehr in fossile Energien ins Ausland zu stecken. Diese von uns ohnehin schon als zu lasch kritisierten Ergebnisse wurden nun, auf Druck der Bundesregierung beim G7-Gipfel weiter aufgeweicht. Plant Olaf Scholz doch die finanzielle Beteiligung am Erschließen neuer Gasfelder im Senegal. Diese Erschließung wird Jahre benötigen, und viele Jahre das Klima weiter anheizen. Das Ganze ist eine geostrategische Ver- ➔

änderung zugunsten der USA mit ihren Frackingkonzernen. Es ist aber auch ein neokoloniales Projekt, bei dem europäische Öl- und Gaskonzerne weltweit ins Fracking und LNG-Geschäft einsteigen. Dafür darf sich kein umweltbewusster Mensch hergeben! Statt »ökologischer Patriotismus« (Robert Habeck) ist ein internationalistisches Bewusstsein nötig, um die Weltprobleme zu lösen. Nein zur Unterordnung des Umweltschutzes unter die Kriegspolitik!

Wir fordern drastisches Umsteuern auf 100% erneuerbare Energien statt noch mehr Aufheizung der Atmosphäre mit fossilem Gas. **Stopp LNG-Terminals, Stopp Gas-Fracking!**

Als Umweltgewerkschaft treten wir für eine von Ausbeutung befreite Gesellschaft ein. Wir verstehen unsere Arbeit als einen Beitrag zur gesellschaftspolitischen Veränderung. Ohne die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung gibt es auch keine Rettung der Umwelt und um-

Klimakiller Treibhausgase

Die klimaschädliche Wirkung von Methan (CH_4), dem Hauptbestandteil von Erdgas, LNG (Liquefied Natural Gas) und Biogas ist seit langem bekannt.

Methan ist jedoch noch weit schädlicher als früher angenommen. Von 1750 bis 2021 hat sich der Anteil von Methan in der Atmosphäre (1,896 ppm) mehr als verdoppelt. Die Energiegewinnung aus Erdgas, die als »Brückentechnologie« bezeichnet wurde, ergibt wenig Sinn, wenn dadurch die Erderwärmung weiter verstärkt wird. Als dritt wichtigstes Treibhausgas (nach CO_2 und Methan, Wasserdampf wird hier nicht mit berechnet) trägt Lachgas (N_2O) mit ca. 10% zur Erderwärmung bei.

Das gefährlichste bekannte Treibhausgas Schwefelhexafluorid (ca. 26.000 mal klimaschädlicher als CO_2) wird noch immer in geringem Umfang von der Industrie verwendet, z.B. als Isoliergas in der Elektrotechnik.

Quellen: Wikipedia, Umweltbundesamt, Heise.de, Natural Energy, DOI: 1038/s41560-022-0160-3

gekehrt. Bei uns lernt man es, gemeinsam zu kämpfen und dabei Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, »von Religion bis Revolution« umweltpolitisch zusammen zu schließen. Unser gewerkschaftliches Motto ist »Organization makes the difference«. Macht bei uns mit, werdet Mitglied.



Anti-Fracking Demonstration in New York City

*Vollgas jetzt
beim Ausbau
aller erneuerbaren Energien!*

1 V. F. Holz and R. Sogalla, »Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert«, p. 9.

2 »Deutsche Umwelthilfe e.V.: Keine LNG-Terminals für fossiles Gas!«, Deutsche Umwelt-hilfe e.V. · www.duh.de/lng/ (accessed Jul. 14, 2022)

Hände weg von der Umweltverträglichkeitsprüfung

Als es Proteste gegen den ökologisch schädlichen Bau des LNG-Terminals am Standort Wilhelmshaven gab, sagte Wirtschaftsminister Habeck: »Im Zweifelsfall bringt uns eure Klage in größere

vor, den Genehmigungsbehörden zu ermöglichen, vorübergehend und unter klar definierten Bedingungen von bestimmten Verfahrensanforderungen wie der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), abzusehen.«²

Nach Paragraph 8 BImSchG³ ist das legal und erlaubt. Bei Projekten von angeblich nationaler Bedeutung: »schafft viele Arbeitsplätze«, »rettet die Ökonomie aus einer Krise« oder »beseitigt den Gas-Notstand«, ist das erlaubt und legal.

Die UVP wurde von der Umweltbewegung erkämpft und soll jetzt kastriert werden. Durch die UVP wird festgestellt und in einem Bericht beschrieben, wie sich ein Projekt auf Menschen (einschließlich der menschlichen Gesundheit), Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie Kulturgüter auswirken kann.

Zu dem Bericht können die Öffentlichkeit, fachlich betroffene Behörden, aber auch Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden in eventuell betroffenen Nachbarstaaten Stellung nehmen. Darum unterstehen Bauten und Anlagen, die die Umwelt erheblich belasten können, der UVP. Ziel ist es, die Auswirkungen eines Vorhabens im Voraus abzuklären (Vorsorgeprinzip). Die UVP besteht seit 1985 in der EU. »Seit der Novelle des Gesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) im Jahr 2017 sind in der UVP und in der Vorprüfung auch solche Umweltauswirkungen zu prüfen, die durch (...) Klimawandel bedingt zunehmenden Naturgefahren ausgelöst werden können.«⁴ Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, zuständige Behörden hätten die Macht in Kenntnis aller Fakten über die Be-

willigungen zu entscheiden. BUND, Nabu und WWF wollen gegen das Gesetz zum schnelleren Bau von Anlagen für den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) vorgehen. Vereinbart ist, Widerspruch gegen den Baustart von LNG-Terminals am Standort Wilhelmshaven einzulegen. Ob das gelingt wird sich zeigen. ➔



Stop-Fracking-Demonstration in Lübeck

Abhängigkeit von Putin.¹ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wehrt sich gegen diesen Bau, weil er begonnen wurde, ohne die Umweltverbände zu beteiligen oder Planungsunterlagen offenzulegen. Die Behauptung steht, »der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur (sei) unverzichtbar. Dazu sieht der Gesetzentwurf



Auch das Megaprojekt Tesla Grünheide (Brandenburg) bedroht Mensch und Natur. Gegen den Bau von noch mehr PKWs und den Wasserraub für deren Produktion protestierte ein breites Spektrum von Aktiven, denn: Wasser ist Leben! Wir berichteten im letzten Magazin über die Proteste während der Bauphase. Ausgerechnet am Weltwassertag, dem 22. März, hat Elon Musk seine erste Tesla-Fabrik in Europa eröffnet. Mit ihm kamen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und der Brandenburger Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) nach Grünheide, um mit geladenen Gästen zu feiern. Musk hat ohne umweltrechtliche Genehmigung die Fabrik bauen lassen. Die wurde erst zwei Wochen vor Betriebsbeginn erteilt. Mit der Methode, Fakten schaffen, wurde auch mit dem Bau des ersten LNG-Terminal in Wilhelmshaven begonnen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist ein wichtiges Gut, dessen Wirksamkeit nicht geschwächt werden darf. Und schon gar nicht darf dieses Vorgehen der Ampel-Regierung zur Blaupause werden für andere Infrastrukturprojekte. Allerdings dürfen wir nicht hoffen, dass Gerichte immer im Interesse von Umweltschutz handeln. Notwendig ist unser aktiver Widerstand.

Stoppt die Beschleunigungsgesetze der Bundesregierung!

Hände weg von der Umweltverträglichkeitsprüfung!

Umweltschutz darf nicht der Kriegspolitik geopfert werden!

Korrespondenz Böblingen: Auf geht's zum Nulltarif im ÖPNV

Der Autoverkehr ist mitverantwortlich für Luftverschmutzung, Lärmbelästigung und dass europaweit Menschen erkranken und früher sterben. Wissenschaftler schlagen Alarm. Wenn wir uns jetzt nicht drastisch für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen, ist es zu spät, die drohende Klimakatastrophe zu verhindern.

Dies veranlasste uns, uns mit dem Thema Verkehr zu beschäftigen. Bei uns in Sindelfingen/Böblingen produziert der große Autokonzern Daimler und in unserer Nachbarstadt Stuttgart häuften sich die Feinstaubalarme. Um EU-Strafen wegen überhöhter Schadstoffwerte in deutschen Innenstädten zu vermeiden, schlug die Bundesregierung Anfang Februar 2018 vor, kostenlosen öffentlichen Personen-Nahverkehr in fünf Modellstädten zu testen. Bundeskanzlerin Merkel knickte jedoch unter dem Druck der Autolobby ein – die Modellversuche für Nulltarif im ÖPNV wurden abgeschmettert.

Wir müssen also selber etwas tun, wir müssen weg vom motorisierten Individualverkehr hin zur Benutzung des ÖPNV. Wir erstellten ein Flugblatt mit den Forderungen: »Der ÖPNV muss ausgebaut und schneller getaktet werden, emissionsfrei fahren und unentgeltlich sein, damit mehr Menschen ihr Auto stehen lassen und den ÖPNV benutzen«.

Wir sammelten Unterschriften für den Nulltarif bei Kundgebungen und Infoständen. Die Reaktionen bei Gesprächen waren: »Nulltarif – Gute Idee, bin ich dafür« bis zu »Nach meiner Ausbildung kaufe ich ein Auto – Nulltarif interessiert mich nicht« (Berufsschüler) oder

»Bin ich dagegen, dann fahren die Leute mit der S-Bahn spazieren und sie ist noch voller«, »Was nichts kostet, ist nichts wert« oder »Wer soll das bezahlen«. Wir meinen, den Reichtum in unserer Gesellschaft haben wir Menschen zusammen mit der Natur geschaffen, folgerichtig muss er auch zu uns zurückfließen.

Bei Recherchen fanden wir heraus: Nulltarif ist nicht neu, weltweit wurde bis 2021

bereits in mehr als 200 Städten »Nulltarif im ÖPNV« umgesetzt und damit ein beachtlicher Umstieg vom Pkw in Bus und Bahnen erreicht. Seit März 2020 gibt es in ganz Luxemburg Nulltarif und in Frankreich in 20 – 30 Kommunen und Gemeindeverbänden. Die Ticketeinnahmen des ÖPNV betragen in Deutschland 13 Milliarden Euro, das kann leicht finanziert werden, Geld ist mehr als genug da, wie Folgendes zeigt: zum Einen erwartet die Bundesregierung dieses Jahr 17 Milliarden mehr Steuereinnahmen, außerdem hat sie ein »Sondervermögen« von 100 Milliarden für die Bundeswehr und den Krieg in der Ukraine bereitgestellt. 2020 waren 45 Milliarden Militärausgaben vorgesehen und wir könnten die 65 Milliarden für umweltschädliche Subventionen, wie z. B. für AKWs und fossile Brennstoffe, streichen. Hinzu kommt, dass wir wie in Frankreich die Arbeitgeber mit einer Steuer (Taxe Versement Transport) belegen könnten.

Jetzt hatten wir für 3 Monate das bundesweite 9-Euro-Ticket, das sehr gut angenommen wurde und das Argument »auch bei Nulltarif steigen die Autofahrer nicht um« etwas widerlegte. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen schlägt nun vor, bundesweit ein monatliches 69-Euro-Ticket einzuführen. Wir müssen einen

Erfahrungen mit dem 9-Euro-Ticket

Es ist gut, wenn mehr Menschen den ÖPNV nutzen. Aber nicht so wie es mit dem 9-Euro-Ticket lief. Es fehlten Transportmittel, sie waren völlig überfüllt, es gab viele Ausfälle und Verspätungen. In die Fläche fehlen die Angebote und die Beschäftigten mussten großen Stress aushalten. So schreckt man viele Menschen eher vom ÖPNV ab. Vielleicht war das auch eine Absicht des Autoverkehrsministers Wissing. Trotzdem ist die Entscheidung, das Ticket einzustampfen, falsch und unsozial. Statt den Ausbau des ÖPNV massiv zu fördern, wird die Bahn weiter ruiniert. Das DB-Management investiert aber weltweit Geld in teilweise umweltzerstörende Projekte wie den »Tren Maya« in Mexiko. Gleisanlagen und Bahnhöfe hier verrotten, werden verkauft, statt sie wieder herzurichten. Obwohl die DB ein Staatsbetrieb ist, dürfen dort einige abgehalfterte Politiker im Vorstand schalten und walten, wie sie wollen. So kann eine Verkehrswende nicht gelingen. Die Führungsetagen der Bahn, die früheren und der jetzige Verkehrsminister verhindern sie.

DIE REDAKTION

Schritt weitergehen, nämlich zum Nulltarif hin, das spart Verwaltungskosten und ist ein dringend notwendiger Beitrag für den Klimaschutz. Das geht nicht von allein, dazu brauchen wir ein Bündnis aller umweltinteressierter Menschen und besonders auch die Kollegen aus den Betrieben. Wir haben eine Broschüre zum »Nulltarif im ÖPNV« herausgegeben und wollen unsere weiteren Ziele mit den Ortsgruppen Esslingen und

1 taz vom 5.5.2022

2 zitiert nach bundestag.de vom 25.7.2022

3 Bundesimmissionschutzgesetz

4 zitiert aus Bundesumweltamt vom 25.7.2022

Stuttgart 21

www.kopfbahnhof-21.de

Es gibt
auch
heute

Proteste, nach mehr als 12 Jahren Kampf gegen S21. Für ein längst gescheitertes Projekt sollen weitere 355 000 Tonnen Treibhausgase¹ emittiert und wertvolle Ackerflächen vernichtet werden. Ein Klimaverbrechen, das Teil des Koalitionsvertrags der grün(!)-schwarzen baden-württembergischen Landesregierung ist!

Die Verantwortlichen wissen, dass es bahntechnisch nicht machbar ist, den Fernverkehr zusätzlich zu den dicht getakteten S-Bahnen (Mischverkehr) auf der Fildertrasse nach Westen zu führen. Der Pfaffensteigtunnel dokumentiert erneut das Scheitern der bisherigen Planungen. Er ist klimapolitisch unverantwortlich, hängt Singen und Böblingen vom Fernverkehr ab und wird erst Ende der 2030-er Jahre fertig. Nicht minder absurd ist ein weiteres Projekt von Stuttgart 21-II: Winnie Hermanns (Verkehrsminister in Baden-Württemberg) Idee eines ergänzenden unterirdischen Kopfbahnhofs. Weil Deutschlands dümmstes Großprojekt von vornherein zu klein geplant war, aber trotzdem gebaut wird, kämpft Hermann jetzt für einen sechsgleisigen unterirdischen Kopfbahnhof. Dem unglaublichen Zuhörer muss man das immer zweimal erläutern: Oberirdisch sollen 16 funktions- und ausbaufähige Gleise abgerissen werden, um einem zu kleinen Bahnhof zu weichen, der dann unterirdisch wieder um 6 Gleise ergänzt



w er d e n
soll. Auch
das eine
Kapitulati-
onserklä-
rung von
Stuttgart

21! Oder wenn man's humoristisch sehen will: »der perfekte Schildbürgerstreich« (aus dem Aufruf zur Kundgebung der Schutzgemeinschaft Filder und der dortigen Bauern am 10.7.2022)

An der folgenden Demo beteiligten sich Landwirte mit mehr als 100 Traktoren und insgesamt rund 500 Personen.

¹ Allein bezogen auf den Tunnelbau, laut Gutachten Karlheinz Rößler 2021. Gesamtemissionen laut Schutzgemeinschaft Filder: 600.000 t CO₂

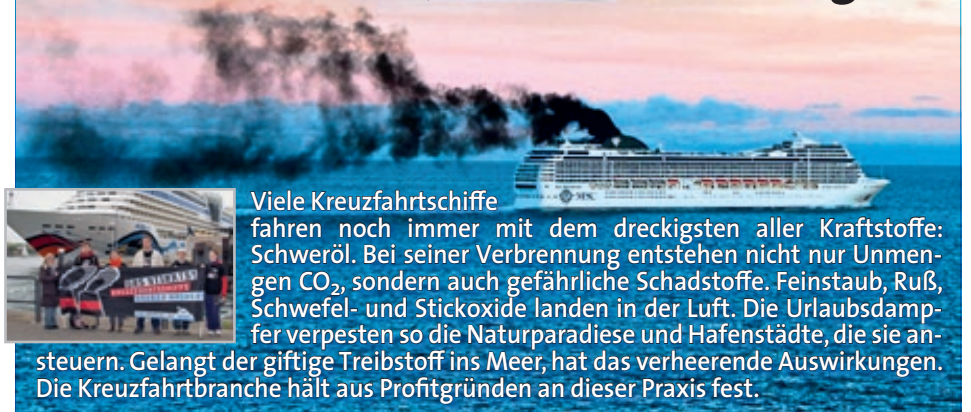
Korrespondenz: Proteste bei der 71. Allgäuer Festwoche in Kempten am 13.8.22

Über Söders »Liebeserklärung ans Allgäu« berichtete die Süddeutsche Zeitung. Über die Proteste gegen geplanten vierspurigen Ausbau der B 12 zwischen Buchloe und Kempten aber nicht. Einige Fakten: Die Kosten des Ausbaus sollten bereits 2014 265,5 Millionen Euro betragen. Sie werden garantiert erheblich höher. Der Regelquerschnitt der Straße soll 28 Meter sein, 70 neue Brücken werden gebaut, 4 Rastanlagen und 3 neue Auffahrten



entstehen. Allein die Straßenverbreiterung der über 50 km langen Strecke wird 90 ha landwirtschaftliche Fläche kosten. Das ganze Projekt richtet immensen Schaden in der Natur an.

Eine Kreuzfahrt, die ist nicht lustig ...



Viele Kreuzfahrtschiffe fahren noch immer mit dem dreckigsten aller Kraftstoffe: Schweröl. Bei seiner Verbrennung entstehen nicht nur Unmengen CO₂, sondern auch gefährliche Schadstoffe. Feinstaub, Ruß, Schwefel- und Stickoxide landen in der Luft. Die Urlaubsdampfer verpesteten so die Naturparadiese und Hafenstädte, die sie ansteuern. Gelangt der giftige Treibstoff ins Meer, hat das verheerende Auswirkungen. Die Kreuzfahrtbranche hält aus Profitgründen an dieser Praxis fest.

Anstieg des Meeresspiegels durch Abschmelzen des grönländischen Eisschildes unvermeidlich



Die Studie ist veröffentlicht in der Fachzeitschrift »Nature Climate Change«. Wenn sich die starke Schmelze aus dem Jahr 2012 jedes Jahr wiederholen würde, könnte der Meeresspiegel der Studie zufolge sogar um 78 Zentimeter ansteigen – genug, um weite Teile niedrig gelegener

Küstengebiete zu schlucken und ihre Bewohner heimatlos zu machen.

Der Meeresspiegel wird um mindestens 27 Zentimeter steigen. So die Meinung von Forschern in einer neuen Studie. Unabhängig davon, welche Klimaschutzmaßnahmen jetzt noch ergriffen werden.

www.nature.com/articles/s41558-022-01441-2
Abb: Grönland_42.74746W_71.57394N · Wikipedia



Korrespondenz Gelsenkirchen:

Ausgerechnet BP ...

... nimmt sich jetzt des Plastikmüll-Problems an!? Um der Gelsenkirchener Bevölkerung ein angebliches Recycling-Projekt schmackhaft zu machen, schreibt der Konzern: »Kunststoffe sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken – dabei sind sie eigentlich viel zu wertvoll, um sie wegzuerwerfen.« Und: »Die Bemühungen nehmen zu, möglichst viel des gebrauchten Kunststoffs als nützlichen Rohstoff wiederzuverwenden und die Meere davon zu befreien.«

Kunststoffprodukte mit minderer Qualität verwendet. Das funktioniert allerdings für viele Kunststoffe nicht, insbesondere nicht für gemischte Abfälle und für Verbundfolien, wie sie bei Verpackungen oft eingesetzt werden.

Es müssen also neue Recycling-Verfahren entwickelt werden. Parallel dazu müssen sich die Bemühungen auf Müllvermeidung richten (Ersatz von Plastik-Einwegprodukten durch umweltfreundliche Alternativen, Wegfall überflüssiger Verpackung) und auf die Entwicklung gesundheitsgerechter, recyclingfähiger Verpackungen und Kunststoffprodukte.

Hier ist auch ein weites Feld für neue Arbeitsplätze.

Der BP-Vorschlag: Chemisches Recycling mit dem Pyrolyse-Verfahren

Dabei wird das Plastik nicht geschmolzen, sondern es lösen sich – unter Druck, hoher Temperatur und Luftabschluss – bestehende chemische Verbindungen und es entstehen neue Stoffe. Neben dem gewünschten »Pyrolyse-Öl« entstehen dabei auch ungewünschte, giftige, gesundheitsgefährdende Stoffe, die entweder in den Abgasen der Anlagen oder im Abfall landen. Das Verfahren ist damit hochriskant; es braucht zudem extrem viel Energie.

Das »Pyrolyse-Öl« wird wie Rohöl in der Raffinerie verarbeitet. Hier wird also nicht Plastik zu Plastik, sondern Plastik zunächst zu Erdöl; die Weiterverarbeitung zu Plastik geht mit weiterem Energieaufwand und CO₂-Ausstoß einher.

Da die geplante Anlage 400.000 Tonnen Müll jährlich verarbeiten soll, sind damit auch erhebliche Mülltransporte verbunden. Insgesamt eine verheerende Umweltbilanz!

BP und die beteiligten Partnerfirmen wollen sich das solchermaßen »wieder-

verwertete« Plastik anrechnen lassen, um bei der EU-Kunststoffabgabe zu sparen. Außerdem dürfen sie mit staatlichen Fördermitteln für »Nachhaltigkeit« rechnen.

Widerstand gegen das Pseudo-Recycling-Projekt

Wir lehnen dieses Vorhaben prinzipiell ab und kritisieren das Greenwashing von BP. Wir haben begonnen, die Bevölkerung darüber aufzuklären und den Widerstand aufzubauen.

Gelernt haben wir dabei, dass wir uns nicht allgemein gegen »Chemie« wenden dürfen; das kritisierten vor allem Arbeiter. Schädlich sind nicht Wissenschaft und Fortschritt, sondern die Art und Weise, wie sie angewandt werden – zum Nachteil der Menschen und zum Vorteil der Profitwirtschaft.

Seit fast 30 Jahren gibt es das Kryo-Recycling-Verfahren, bei dem Kunststoff-Abfälle mit einem energiesparenden Kühlverfahren tiefgefroren, fein gemahlen und für die Wiederverarbeitung getrennt werden. Wir setzen uns für eine Pilot-Anlage ein, aber sie wurde bisher von Großindustrie und Müllverbrennungs-Lobby verhindert; es gab auch massive Bedrohungen gegen den Entwickler, Professor Harry Rosin.

Für eine menschenwürdige, gerechte Gesellschaft im Einklang von Mensch und Natur

Umweltkampf muss sich gegen die Profitwirtschaft richten und in diesem Sinn systemverändernd sein. Wir wenden uns in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich gegen die Argumentation, mit dem Recycling von Erdöl unabhängig zu werden von Rohstoff-Importen. Wir lassen uns nicht von einen nationalistischen Karren spannen – Umweltschutz ist grenzenlos!

UMWELTGEWERKSCHAFT

Dazu aus dem Buch:

Kapitel III

»Die drohende globale Umweltkatastrophe«; mit Abschnitt B.8.
»Vermüllung, Vergiftung und Verschmutzung«, sowie B.5.
»Die drohende Gefahr umkippender Weltmeere«



Die Meere saubermachen – das sagen die Richtigen! Dazu hätten sie vor zwölf Jahren reichlich Veranlassung gehabt, als ihre Ölplattform »Deepwater Horizon« im Golf von Mexiko explodiert ist. An den Folgen leidet die Region bis heute!

Zurück zum Plastik: Pro Jahr landen nach Angaben des NABU mehr als 10 Millionen Tonnen Plastikmüll in den Ozeanen, vor allem Verpackungen und Einweg-Produkte. Daran sterben die Meere, mit unabsehbaren Folgen für Meeres-tiere, Vögel, die gesamte Nahrungskette und für das Klima. Jetzt schon sind irreversible Schäden eingetreten. Handeln ist also dringend geboten!

Wiederverwenden statt wegwerfen

Bisher wird nur ein Bruchteil der Kunststoffe weltweit tatsächlich wiederverwertet. Der Abfall wird dazu zerkleinert, gereinigt, geschmolzen und für neue

Regierung versagt beim Hitzeschutz

Mitte Juli war schon länger klar, dass Hitze die Menschen in Deutschland belasten wird. Maßnahmen zum Schutz wurden aber von Regierungen oder staatlichen Stellen kaum getroffen. Es gab nur wenige Kommunen, die Hitzepläne haben.

Viele Kommunen verweisen auf die geltende Arbeitsstättenverordnung. Die bestehenden Regelungen zum Hitzeschutz in der Arbeitsstättenverordnung sind jedoch nur für Büroarbeit ausgelegt, werden aber auch teilweise



für Industriehallen angewandt. Das muss dringend verändert werden unter Einbeziehung der Forderungen der Kollegen. Die deutsche Gesellschaft für Unfallversicherung fordert zu Recht eine Wärmelastprüfung in der mechanisierten Fertigung, ausgeführt von einer Fachfirma. Damit wird differenziert festgehalten, wie viel Hitzebelastung die Kollegen haben und welche Maßnahmen in welchem Bereich gelten.

Des Weiteren fehlt ein Frühwarnsystem für Kranke und Alte. Auch kleine Kinder sind wegen einer bei ihnen noch reduzierten Fähigkeit zur Temperaturregulierung gefährdet. Ein besonders hohes Hitzerrisiko tragen Lungenerkrankte und Menschen, die gerade eine COVID-Infektion hinter sich haben. Kommunen sollten Räume bereithalten, in denen sich Menschen kühlen können – zum Beispiel Kirchen. Der Chef der Krankenkasse KKH, Wolfgang Matz, weist darauf hin, dass mehr Geld für Maßnahmen nötig sei. Der nachlässige Umgang mit dieser Folge der Klimakrise zeigt, wie wenig sich die Regierenden bei uns sich für die Probleme der Menschen im Lande interessieren.

Zu den Klimaneutralitätszielen der Gemeinden



»Armageddon war gestern – jetzt haben wir ein ernstes Problem!«
Fridays-for-Future-Klimastreik am 25. März 2022 in Berlin

Zurzeit stellen viele Gemeinden Klimaneutralitätsziele für die nächsten Jahre auf. Was sich erstmal gut anhört. Auch in Stuttgart wird heftig über Ziele gestritten. Aber um was wird eigentlich gestritten?

Klimaneutralität bedeutet, dass ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in »Kohlenstoffsinken« hergestellt werden soll. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen also alle Treibhausgasemissionen weltweit durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden. So oder ähnlich kann man die Begrifflichkeit im Internet finden¹. Es gibt auch Versuche Kohlenstoffemissionen zu speichern, genannt Carbon Capture and Storage (CCS). Mehr als eine Pilotanlage gibt es aber nicht. Man weiß allerdings, dass dazu erstens sehr viel Energie erforderlich sein wird. Zweitens: Wenn man weiß, dass das CO₂ später wieder aus der Atmosphäre entfernt werden muss, dann ist es eigentlich absolut unsinnig, es vorher in die Atmosphäre zu emittieren. Und drittens muss man das aus der Atmosphäre abgezweigte CO₂ ja dann auch irgendwo lagern. Und das sogar noch länger als atomare Brennstäbe. Die Methode ist mit großen Risiken be-

haftet und wird damit einfach den künftigen Generationen zugeschoben. Exakt dasselbe also wie mit den atomaren Endlagern, die es bisher ja auch nicht gibt. Viel einfacher und sinnvoll wäre es, immer weniger CO₂ auszustoßen. Mit den Erneuerbaren Energien ist dies möglich.

Die Begriffe »Klimawandel« und »Klimaneutralität« wurden bewusst manipulativ von sogenannten Wissenschaftlern und Journalisten im Dienste der Energie- und Ölkonzerne, verbreitet. Die Begriffe Klimakrise, Klimakatastrophe und Erderhitzung dagegen lange aus dem öffentlichen Sprachschatz verbannt. Eine solche Methode nennt man »Framing«, d.h. mit der Schöpfung und Durchsetzung von Begriffen wird Politik gemacht, hier im Sinne der gefährlichen Verharmlosung des CCS. Statt viel Geld in die CCS-Forschung zu stecken, muss das Geld in die Erneuerbaren fließen.

Wirksame Umweltschutzmaßnahmen in Gemeinden und Städten müssen klar benannte Ziele zur tatsächlichen Reduzierung von Emissionen beinhalten. Klare Bekenntnisse gegen Framing gehören auch dazu.

Das versteht jeder und das kann einfach überprüft werden.

¹ In der Beschlussvorlage vom 1.7.2022 zum Stuttgarter Gemeinderat heißt es: »Eine zusätzliche Emissionsreduktion kann durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung (weiteres Potenzial von bis zu 0,3 Mt CO₂-äq) erreicht werden.«

Bauen wir an einer Front gegen Weltkriegsvorbereitung und Faschismus!

Unter diesem Motto ruft das Internationalistische Bündnis (IB) auf, sich gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs, gegen die aggressive Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung und gegen Rechtsentwicklung und Faschismus zusammenzuschließen. Das Bündnis hat 40 Trägerorganisationen; auch die Umweltgewerkschaft ist darin eine aktive Kraft. Am 1. Oktober findet in Berlin eine große Antikriegs-Demonstration statt und für den 2. Oktober lädt das IB zu einem Kongress dort ein zum Aufbau einer neuen Friedensbewegung. Nähere Informationen auf: www.inter-buendnis.de

2017 verursachten 100 international operierende Konzerne 71 Prozent aller industriellen CO₂-Emissionen der Welt.

Stoppt ReconAfrica im Süden Afrikas

Francois Engelbrecht vom Global Change Institute der University of the Witwatersrand in Südafrika sagt: »Die Region

rica rechtswidrig ohne Wassergenehmigung sowie Erlaubnis zur Entsorgung von hochtoxischen Abwässern.«



ReconAfrica (Reconnaissance Energy Africa) gehört noch nicht zu den 100 größten Konzernen, tut aber alles, um dazu zu gehören. Nachdem ReconAfrica gemeldet hatte, dass man umfangreiche Ölfunde im Okavangobecken vermutet, ist der Kurs stark gestiegen.

Was ist das Besondere am Okavangobecken? Es ist ein Binnendelta (ohne Abfluss) des Okavangos. Der Okavango fächert sich dabei auf und versickert im Kalahari-Becken bzw. verdunstet zu großen Teilen. Dabei bildet er inmitten der wüstenähnlichen Kalahari mit über 20.000 Quadratkilometern eines der größten und tierreichsten Feuchtgebiete Afrikas. Von besonderer ökologischer Bedeutung ist, dass das Wasser des Deltas Trinkwas-

serqualität besitzt und keinerlei erhöhte Salzkonzentration auftritt.



Foto: Ina-Maria Shikongo

Und Ina-Maria Shikongo, Umweltaktivistin im Okavangobecken, konkretisiert: »Man sieht es an den Buschfeuern, den dauernden Dürren, den Niederschlägen, die sich verändert haben. Normalerweise hätten wir eine kurze Regenzeit im Oktober. Im November und Dezember fängt dann der Regen an. Aber jetzt kommt der Regen im Januar. Das betrifft unsere Lebensmittelsicherheit. Die Wüsten breiten sich aus. Wir haben Klimageflüchtete, die vor den Dürren fliehen, auch aus Angola. Die Klimakrise ist bereits hier.« Und genau in dieser Situation, berichtet Ina-Maria Shikongo, operiert »ReconAf-



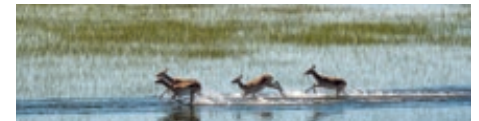
Seit 2014 gehört das Okavangodelta zum UNESCO-Welterbe. Eine Erweiterung um Gebiete Namibias steht seit Ende Oktober 2016 an.

Was Naturschützern und Wissenschaftlern Sorgen bereitet, ist die Tatsache, dass ReconAfrica in Namibia und Botswana ein riesiges Gebiet von knapp 35.000 Quadratkilometern lizenziert hat,

das direkt an den Okavango grenzt, der eines der größten Feuchtgebiete Afrikas speist: das Okavangodelta. Die Bohrgebiete von ReconAfrica überschneiden sich zusätzlich mit dem Projekt Kavango Zambezi (Kaza), dem größten länderübergreifenden Naturschutzgebiet der Welt, das 520.000 Quadratkilometer in Angola, Botsuana, Namibia, Sambia und Zimbabwe umfasst. Namibia ist ein trockenes Land mit nur geringen und unregelmäßigen Regenfällen. Grundwasser liefert den größten Teil des Wassers, ein kleinerer Teil wird Flüssen wie dem Okavango entnommen.

ReconAfrica behauptet zwar, sie hätten es auf die Ölsande (Ölsande werden in der Regel im Tagebau gefördert) abgesehen aber häufige Hinweise auf die Förderung von »unkonventionellem Öl und Gas«, also Fracking lässt das Schlimmste ahnen.

Auf der Jagd nach Profiten ist ReconAfrica dabei, eines der wertvollen Naturgebiete mitten im Süden Afrikas zu zerstören. Und das nur zu dem Zweck, schmutziges Öl zu fördern. Die Verbrennung von fossilen Energien muss jedoch bis 2030 drastisch reduziert werden. Ein Ölkonzern investiert jedoch nicht Millionen, um nur noch ein paar Jahre zu fördern. Solche Betriebe sind auf 25 bis

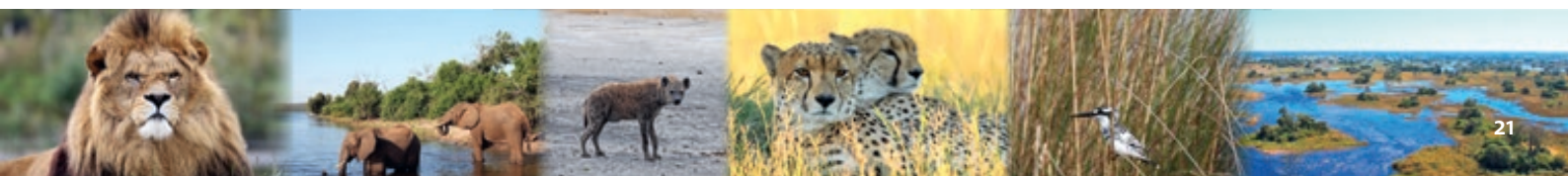


30 Jahre angelegt, sonst lohnen sich die Investitionen nicht. Für die Profite: sehenden Auges in die Umweltkatastrophe!

Die örtliche Umweltbewegung und mit an der Spitze Ina-Maria Shikongo fordern zu Recht eine »grenzüberschreitende strategische Umweltprüfung sowie einen Stopp der weiteren Explorationsarbeiten«.

**Stopp der weiteren Explorationsarbeiten!
ReconAfrica
raus aus dem Naturschutzgebiet!**

- 1 Paul Griffin, »The Carbon Majors Database«, CDP Carbon Majors Report 2017
- 2 zitiert nach Juliette Irmer, am 3.10.2021, in Der Standard
- 3 Ina-Maria Shikongo bei einer Podiumsdiskussion »gegen den G7-Gipfel im bayerischen Elmau«, in Stuttgart am 21.6.2022
- 4 Reconnaissance Energy Africa Ltd ist ein in Kanada ansässiges Öl- und Gasexplorationsunternehmen



Ölkonzerne denken nicht an den Ausstieg aus der fossilen Verbrennung

Die Förderung von Erdöl im Kongo-Becken und weiteren Ländern Afrikas bedroht Klima und Arten

Die Plünderung natürlicher Ressourcen und die Zerstörung für das Überleben der Menschheit wichtiger Gebiete geht fast ungebremst weiter. Das Kongobecken ist bedroht.

Die Regierung in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) unter Präsident Tshisekedi will große Gebiete des Kongo-Regenwalds für Erdöl opfern.* Das wäre eine Katastrophe für die Bevölkerung, die Artenvielfalt und das Weltklima. Die Artenvielfalt der Region ist einzigartig: Die Kongo-Regenwälder beheimaten über 400 Säugetierarten, mehr als 1.000 Vogelspezies und wahrscheinlich über 10.000 Pflanzenarten. Vieles über ihre reiche biologische Vielfalt ist noch

von Pipelines, Straßen, Brücken und ein Flughafen für die Logistik im Nationalpark und in Naturreservaten Ugandas und Mosambiks sind im Gange. Die Bevölkerung wird enteignet und vertrieben. Eine Rohöl-Pipeline soll von den Ölfeldern des Tilenga-Projekts in Uganda zur 1.500 Kilometer entfernten Hafenstadt Tanga in Tansania geführt werden. Die Trasse der Pipeline verläuft durch das Einzugsgebiet des Victoriasees und quert 200 Flüsse. Bedroht sind die Natur und die Wasserversorgung von Millionen Menschen. Die Öl-Quellen selbst liegen in Ugandas Murchison Falls Nationalpark. Wie rücksichtslos Öl gefördert und transportiert wird, zeigt Shell in Nigeria.



Protestaktion von Vilho Nuumbala

unerforscht. Im Kongobecken wachsen nach Amazonien die zweitgrößten zusammenhängenden Regenwälder der Erde. Der größte Torfkomplex der Tropen speichert 30 Gigatonnen Kohlenstoff – so viel wie die weltweiten CO₂-Emissionen eines Jahres.

Ebenfalls in der Demokratischen Republik Kongo wird rund um den Kivusee Coltan für die Herstellung von Smartphones abgebaut. Dafür werden riesige Waldgebiete gerodet. Die Konzerne erzielen hohe Gewinne. Der Großteil der Menschen, die in den bedrohten Gebieten leben, werden Opfer der Entwicklung. Die Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt, ein Leben in Armut und Krankheit, mehr haben die Konzerne für die Menschen nicht.

Total (Frankreich, 57%) und CNOOC (China, 28%) haben sich die Förderrechte im Nachbarland Uganda gesichert. Ölförderung in einem Erdbebengebiet! Der Bau

In Botswana soll ein Teil des Öls auf klassische Weise erschlossen werden. Der Rest ist im Gestein gebunden und müsste durch Fracking gefördert werden.

In Westafrika hat die Regierung von Niger am 26. Juni 2019 unter Druck der China National Petroleum Corporation (CNPC) über die Hälfte des Naturreservats Termit und Tin-Toumma (RNNTT) für die Prospektion freigegeben. CNPC verfügt über drei Ölblocks im Osten des Landes (Bilma, Ténéré und Agadem).

Riesige weitere Gebiete Afrikas werden auf Öl- und Gasvorkommen untersucht. Widerstand gibt es in Mosambik, Nigeria, Uganda und Namibia.

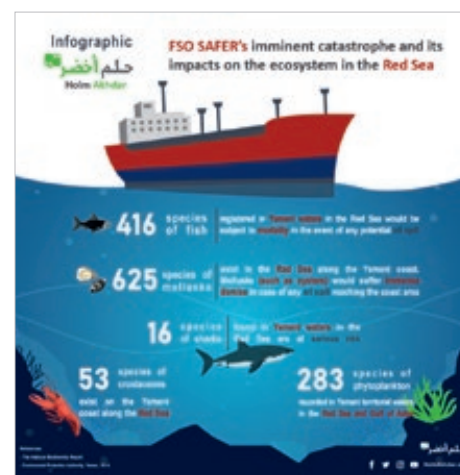
*Mathias Rittgerott von »Rettet den Regenwald« schreibt uns dazu am 5.9.22: »Welche Firmen sich um welche Öl- oder Gasfelder beworben haben, ist nicht bekannt. Mit einer endgültigen Vergabe ist nicht vor der zweiten Jahreshälfte 2023 zu rechnen. Das lange Verfahren gibt uns natürlich die Chance, die sicherlich irgendwann bekannt werdende Information zu nutzen, Druck auf die Firmen auszuüben und die Katastrophe doch noch zu verhindern. Wir bleiben selbstverständlich dran.«

Ölkatastrophe



Öltanker »Safer« vor der jemenitischen Küste

Vor der Küste des Jemen droht aktuell eine der größten Ölkatastrophen der Geschichte. 20 Millionen Dollar sind noch nötig, um die Bergung des Öls des Tan-



kers »Safer« (!) zu starten. Das teilte der UN-Nothilfe Koordinator für den Jemen, David Gressly mit. Das Öl an Bord der 45 Jahre alten »Safer« soll auf ein sicheres Schiff abgepumpt werden. Die Zeit drängt, weil der Tanker zerbrechen oder es an Bord zu einer Explosion kommen könnte. Für Korallenriffe, Mangroven und Meerestiere, aber auch für unzählige Menschen in der Region wären die Schäden verheerend. Zudem wäre auch die Schifffahrt in der Meerenge Bab al-Mandab und im Suezkanal stark beeinträchtigt. Für die Bergung sind keine 20 Millionen Euro da, während weltweit in Hochtüchtigkeit für den Konkurrenzkampf zwischen imperialistischen Mächten Milliarden Euro gesteckt werden, unter anderem von der deutschen Bundesregierung.



Ein Schatz der Menschheit ist in Gefahr

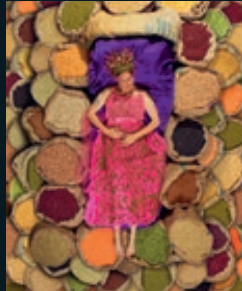
Der Dokumentarfilm „Unser Saatgut – Wir ernten, was wir säen“ ist ein Appell an uns alle: Schützt die ursprüngliche Saatgutvielfalt, sonst ist das reiche Angebot unserer Nahrung bald nur noch schöne Erinnerung!

Viele unserer Samen sind heute ebenso gefährdet wie der Panda oder der Eisbär. Mehr als 90 % aller Saatgutsorten sind bereits verschwunden. Biotech-Konzerne wie Bayer und Monsanto kontrollieren mit genetisch veränderten Monokulturen längst den globalen Saatgutmarkt. Einfallsreich und mit kreativen Bildern macht der Film seine Zuschauer zu mündigen Essern.

Mit weltweit bekannten Aktivisten wie Jane Goodall, Percy Schmeiser, Vandana Shiva.

»Ein prachtvoller Film, mit der gleichen Hingabe gemacht, die es erfordert, die verbleibenden Saatgutsorten zu retten.«
L.A. Times

»Wie David gegen Goliath kämpfen Menschen auf der ganzen Welt für den Erhalt unserer kostbaren Saatgutvielfalt. Ein beeindruckender, schöner Film, den jeder sehen sollte!«
Filmpatin Sarah Wiener



»Sehr sehenswert«
Essen & Trinken

Ab 11. Oktober im Kino

saatgut.wfilm.de

Interesse an einer Sondervorführung?
W-film | Tel. 0221 / 222 1180 | saatgut@wfilm.de



Keine Deponie will den AKW-Müll haben.

Nach Angaben des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) werden heute 11 der 17 Kraftwerke in der BRD rückgebaut. Beim Rückbau des AKW Biblis (Beginn 2017) z.B. rechnet der Betreiber RWE mit 63.000 Tonnen radioaktiver Reststoffe. Nicht beinhaltet ist der Müll aus dem möglichen Gebäudeabriss, über den 2033 (nach dem Rückbau) entschieden werden soll. Keine von mehr als 200 angefragten Deponien bundesweit hat sich bisher bereit erklärt eine »gesicherte Entsorgung« zu garantieren, teilte Hessens grüne Umweltministerin Priska Hinz mit. Sie



versteckt – verteilt – verharmlost

AKW-ABRISS

Wie uns Atomindustrie und Politik ihren radioaktiven Müll unterjubeln

Wohin mit dem Atommüll?

aber ist der Meinung, dass es Abfälle gibt, die wegen geringer Radioaktivität als »regulärer Abfall« entsorgt werden können. Das ist Augenwischerei. Radioaktivität verschwindet nicht. Sie belastet Umwelt und Menschen. Auf Deponien, in der Luft, im Wasser, in Lebensmitteln durch die Müllverbrennung und in »recycelten« Gegenständen. Trotzdem sollen einige AKWs weiter in Betrieb bleiben

und werden noch mehr Müll produzieren. Die Befürworter, die bürgerlichen Parteien, Journalisten und AKW-Betreiber handeln verantwortungslos und kriminell.

Der Kampf gegen die Nutzung der Atomenergie ist noch lange nicht vorbei. Atommüll darf nicht auf Hausmülldeponien landen. Dagegen organisieren Gruppen der Umweltgewerkschaft gemeinsam mit Umweltschützern den Widerstand, wie in Lübeck. Für Lagerstätten des hochradioaktiven Atommülls fordern wir höchste Sicherheitsstandards. **Kein Atommüll-Lager im Schacht Konrad!**

Mehr Information unter www.baesh.de »versteckt – verteilt – verharmlost« AKW-ABRISS – Wie uns Atomindustrie und Politik ihren radioaktiven Müll unterjubeln.

Korrespondenz Berlin: Berlin aktiv gegen Weltkriegsgefahr!

Unter diesem Banner versammelten sich am Hiroshima-Jahrestag 60 bis 80 Kriegsgegner für zwei Stunden an der »Friedensstatue« in Berlin-Moabit. Mit Plakaten und Flyern und vielen persönlichen Gesprächen war dafür in den Wochen zuvor geworben worden. Vielfältige Rede- und Musikbeiträge klärten über die akute Gefahr eines



Atomkriegs auf und griffen die Kriegstreiberei sowohl Russlands als auch der USA/NATO im Ukraine-Krieg an. Beiträge von Gewerkschaftskollegen (IGM, VERDI, IGBAU) gaben einen Einblick in die Antikriegs-Stimmung in der Arbeiterbewegung

und die wachsende Empörung über Inflation, Preistreiberei und viel zu niedrige Lohnforderungen. Auch wurde von den wegweisenden Antikriegs-Aktionen und Streiks italienischer und griechischer Hafenarbeiter berichtet.

Höhepunkt war die einstimmige Verabschiedung einer »Moabiter Erklärung gegen wachsende Atomkriegsgefahr« (s.u.), die sich besonders gegen den kürzlich beschlossenen Atombomber-Kauf der Bundesregierung richtete.

Die Berliner Ortsgruppe der Umweltgewerkschaft hatte zur Kundgebung aufgerufen. Die Umweltgewerkschaft ist auch eine der 41 Trägerorganisationen des »Internationalistischen Bündnisses gegen Rechtsentwicklung, Faschismus und Krieg«, welches schon seit seiner Gründung 2016 fortschrittliche Organisationen auf überparteilicher Grundlage gegen die zunehmende Gefahr imperialistischer Kriege zusammenschließt.



Alles in allem ein ermutigender Tag für den Aufbau einer neuen Friedensbewegung — und ein Signal gegen die sehr verbreitete Unterschätzung der Weltkriegsvorbereitungen aller imperialistischen Staaten.

Moabiter Erklärung gegen wachsende Atomkriegsgefahr

(Einstimmig per Handzeichen verabschiedet von ca. 60 Teilnehmenden der Kundgebung zum Hiroshima-Jahrestag am 6. August 2022 in Berlin-Moabit)

Wir sind tief beunruhigt! Der Krieg um die Ukraine droht immer weiter zu eskalieren. Beide Seiten setzen auf »Sieg«. **Russland** setzt seinen Angriffskrieg Schritt für Schritt fort und hat die Eroberung der Ukraine zum Kriegsziel erklärt. Die **NATO** rüstet die Ukraine mit immer mehr schweren Waffen aus und hat die Niederlage Russlands zum Kriegsziel erklärt.



Was wird geschehen, wenn eine der beiden Seiten tatsächlich in die Situation einer bevorstehenden »Niederlage« gerät? Sowohl Russland wie auch die NATO-Staaten

besitzen jeweils über 5.000 Atomsprengköpfe aller Größen: Eine große Atomwaffe mit tausendfacher Stärke der Hiroshima-Bombe würde eine Großstadt wie Berlin komplett zerstören. Aber auch eine »kleine« Atomwaffe mit 10% der Hiroshima-Stärke würde schon einen Berliner Stadtteil wie Moabit mit seinen 80.000 Einwohnern unbewohnbar machen.

Seit dem Ukraine-Krieg wird von Militärs und Politikern offen über die Möglichkeit eines angeblich »begrenz-

baren« Atomkriegs mit solchen kleinen sogenannten »taktischen Atomwaffen« diskutiert. Das aber ist eine gefährliche Illusion! Wenn einmal das **Tabu** des Einsatzes von Atomwaffen gebrochen wird, ist das Tor zur Hölle eines globalen Atomkriegs geöffnet. Es muss unmissverständlich klar sein: **Wer Atomwaffen einsetzt, riskiert den Untergang der ganzen Menschheit!**

Vor diesem Hintergrund ist der **Beschluss der Bundesregierung**, 35 ausdrücklich atomwaffenfähige Kampfflugzeuge aus den USA zu kaufen, völlig inakzeptabel. Warum sind plötzlich zig-Milliarden da für Hochrüstung und Krieg, während seit Jahren über »fehlende Mittel« für energischen Umweltschutz, für Gesundheitswesen und höhere Löhne gejammert wird?

Dieser Beschluss gießt Öl ins Feuer der bedrohlich akuten Atomkriegsgefahr. De-Eskalation und nicht Zuspitzung ist das Gebot der Stunde! Wir erwarten von der Bundesregierung die **umgehende Zurücknahme des Atombomber-Kaufs!**

Hiroshima und Nagasaki mahnen: Für das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen! Wenn Millionen Menschen auf der ganzen Welt dafür aufstehen wird es auch möglich sein, dies durchzusetzen.

Berlin-Moabit, 6. August 2022
Kundgebung vor der »Friedensstatue«

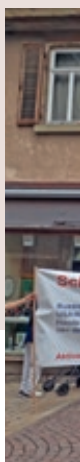
Rede der Hochrüstung am Hiroshimatag

Ich komme von der Umweltgewerkschaft. Wir protestieren hier ganz entschieden gegen den Krieg in der Ukraine und die drohende Gefahr eines 3. Weltkriegs. Wir fordern die weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke und das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen. Wir sagen ganz klar Nein zu einer Politik der Preistreiberei für Energie. Dadurch vervielfachten sich bis jetzt die Gewinne der Energiekonzerne, während viele von uns nicht wissen, wie sie das alles noch bezahlen sollen.

Korres

Wir Stuttgarter Umweltgewerkschafter gingen dieses Jahr nach Sindelfingen, um gemeinsam gegen die drohende atomare Vernichtung zu protestieren.

Gerda von der Umweltgewerkschaft Böblingen hatte zur Aktionseinheit am Hiroshimatag aufgerufen. Es kamen die »automotive workers«, Courage, die MLPD und Vertreter der Montagsdemo gegen die Hartzgesetze«. Daimler-Kollegen forderten »Arbeitereinheit gegen den 3. Weltkrieg – Lohnnachschlag statt Kriegsprofite!« Und dass es gerade die Arbeiter sind, die die Weltkriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte Russland, NATO (USA+EU) oder China stören und stoppen können. Courage klagte die Kriegstreiberei von USA Biden



Angeblich ist eine »Gas- und Stromlücke« dafür verantwortlich. Doch die sind nur ein Mythos. Deutschland war in den 1990er Jahren noch Stromimportland. Mittlerweile ist aber Strom ein Exportschlager. Allein im ersten Quartal 2022 betrug der Exportüberschuss 13,8 TWh. Dagegen lieferten die letzten drei AKWs im gleichen Zeitraum nur 8,6 TWh. Diese drei AKWs sind also völlig unnötig und können sofort abgeschaltet werden. Auch mit der Gaslücke ist das so eine Sache. Mittlerweile sind die Gasspeicher zu 75 % gefüllt. Ein Monat früher als geplant! Zur Erinnerung: den Winter 2021 überstanden wir mit einem maximalen Füllstand von eben diesen 75 %. Was die Energiepreise in die Höhe treibt ist keine Strom- oder Gaslücke, sondern eine gezielte Politik von Regierung und Ener-

Hochschulgruppe in Sindelfingen

giekonzernen, die ihre Monopolstellung weltweit zu Preissteigerungen ausnutzen. Wir sollen an das Gejammer von einer Gas- und Stromlücke glauben, damit wir die zunehmende Lücke in unserem Geldbeutel schlucken, statt einen Widerstand dagegen zu entwickeln. Dieses betrügerische Vorgehen kennen wir doch schon von den Tarifrunden. Dort wird auch regelmäßig der Weltuntergang durch unsere Forderungen an die Wand gemalt.

Vom BDI über Gesamtmetall bis hin zu CDU und Regie- ➔ weiter auf S.26

Korrespondenz Stralsund: Hiroshima-Gedenktag

Mit großem Engagement wurde durch viele Helfer Stralsunds, aus der Russischen Gemeinde, dem Kinderschutzbund, der Linksfraktion, MEDVEDI (Allee der Engel), der Marxistische-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und der Umweltgewerkschaft eine zweistündige Kundgebung zur Mahnung und Gedenken an die Atombombenabwürfe im August 1945 über den beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki organisiert und durchgeführt. Grundthemen waren das Erinnern an Hintergrund und Tatgeschehen vor 77 Jahren. Mit der beeindruckenden Fotowand der bundesweiten Wanderausstellung "Allee der Engel" wurde an die Kinder erinnert, die weltweit bei allen Kriegen Opfer sind. Die

Fotos sind Auszüge der Dokumentation der ermordeten Kinder im derzeitigen Ukraine-Krieg. Das Bündnis "Majors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden) wurde vorgestellt und kritisiert, dass

von den 26 angeschriebenen und telefonisch kontaktierten Bürgermeistern von Mecklenburg-Vorpommern, die dem Bündnis seit 2002 beigetreten waren, nur einer die Rückmeldung gab, dass er anderweitige Termine habe, somit niemand direkt über diese Bündnisarbeit sprechen



konnte. Unter Einbeziehung der Presseerklärung des Bundesvorstandes der Umweltgewerkschaft konnte ich unter anderem auf die bestehende Weltkriegsgefahr aufmerksam machen. Gleicher Tonart sprachen die Redner der Linksfraktion, Frau Latendorf, und Herr Schulze, MLPD. Etwa 40 Teilnehmer waren dauerhaft vor Ort. Mit durchlaufenden Passanten ergaben sich interessante Gespräche, die bei manch einem zu einem Aha!-Effekt führten, da es immer noch viele Menschen gibt, die den Einmarsch Russlands in der Ukraine als verstehendes Manöver der Abwehr einer Bedrohung von Seiten der NATO gegen Russland sehen. Auch viele Fakten zu den Atombombenabwürfen waren nicht bekannt. Da halfen

die aufgestellten Themenplakate weiter und lockten zugleich, nachzulesen. Auf einer Plakatwand wurden Unterschriften gegen die Waffenlieferung in Kriegsgebiete (weltweit)

gesammelt. Sie wird in der Wanderausstellung verbleiben und weiter gefüllt werden. Die Veranstaltung wurde begleitet von Friedensliedern, was wiederum Passanten zum Stehenbleiben, zum Sehen und Lauschen bewegte. Danke an alle Mitwirkenden!

SUSE/STRALSUND

Korrespondenz: Bericht vom Hiroshimatag in Sindelfingen

und Baerbock an. Wir brauchen keinen 3. Weltkrieg, wir brauchen Frieden für uns und unsere Kinder. Die hunderttausende Toten von Hiroshima und Nagasaki sind Mahnung genug. Sie unterstrich die Notwendigkeit der internationalen Solidarität gegen alle imperialistischen Kriegstreiber und wie dies in der Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz in Tunis die Frauen

eng verbindet. Jochen von der Umweltgewerkschaft Stuttgart forderte: »Die einzige Antwort auf die bisherigen beiden Atombomben-Abwürfe auf Großstädte ist: Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen! Sofortige weltweite Stilllegung und Entsorgung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber! Kein weiterer Uran-Abbau weltweit.«

Peter von der Hochschulgruppe der Umweltgewerkschaft griff mutig die Preistreiber an, indem er aufzeigte, dass die angeblich so leeren Gasspeicher in Wirklichkeit gar nicht so leer sind, dass Deutschland ein Energieexportland ist und dass die Energiepreise bereits vor dem Krieg Russland gegen Ukraine durch die CO₂ Bepreisung in die Höhe schossen. Er forderte:

»Schluss mit der Panikmache um angeblich leere Gasspeicher. Runter mit den Energiepreisen, Rücknahme der CO₂-Bepreisung und sofortiger Ausbau der regenerativen Energien mitsamt ihren Speichermöglichkeiten.

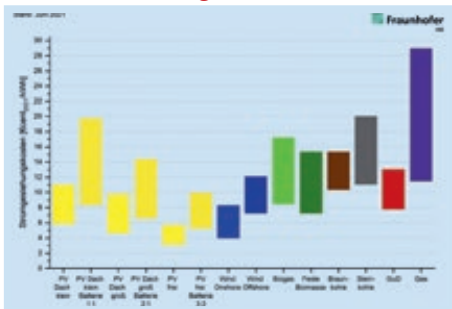
Mehrere Redner zeigten auf, dass die USA ihre Atombombe testen wollten, um dann zynisch zu behaupten, nur so hätte das Blut der amerikanischen Soldaten geschont werden können.

Mit dem Friedenslied aus Aserbaidschan wurde die Aktion würdevoll beendet. Einziger Wermutstropfen bei angenehmen Temperaturen: das hätte eine Demo mit Tausenden Teilnehmern sein müssen! Wir waren knapp 30 Friedensfreunde, aber unsere Reden fanden Beachtung und Beifall.





rungspolitikern wird heftig gefordert, die AKWs weiterlaufen zu lassen um Gas einzusparen. Peinlich nur, dass eine Studie des Analyseinstituts Energy Brainpool nachwies, dass man damit nur 1% des Stroms einsparen kann, da Gaskraftwerke immer dann zugeschaltet werden, wenn nicht genug erneuerbare Energien da sind. AKWs können das auf Grund ihrer Bauweise nicht, retten uns also in keinem Fall vor einem kalten Hintern und dunklen Wohnungen im Winter. Was wir



brauchen, das ist keine Laufzeitverlängerung von AKWs, sondern die rasche Umstellung auf 100% erneuerbare Energien und der Aufbau von Energiespeichern.

Worum es wirklich geht hat Frankreichs Präsident Macron ausgeplaudert: **»Ohne zivile Atomkraft keine militärische Atomkraft, ohne militärische Atomkraft keine zivile Atomkraft«**. Macrons Worte kann man auch so ausdrücken: ohne AKWs und Atomwaffen bist du im Kriegsfall kein Global Player, spielst bestenfalls in der 2. oder 3. Liga. Das ist BDI, Gesamtmetall und einer wachsenden Zahl von Regierungs- und Oppositionspolitikern zu wenig. Sicher sind AKWs nie. Seit 1950 gab es weltweit 9 Kernschmelzen, drei davon Supergaus. Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und gehören verboten. Die Bombe von

Hiroshima tötete 140.000 Menschen. Ihre Sprengkraft von 15.000 Tonnen TNT entspricht heute der einer sogenannten taktischen Atomwaffe. Strategische Atomwaffen erreichen die unvorstellbare tausendfache Stärke. Hiroshima mahnt uns, dass das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen weltweit durchgesetzt werden muss. Weltweit müssen und können alle AKWs stillgelegt werden.

Derzeit ist es nicht ausgeschlossen, dass es im größten europäischen Atomkraftwerk Saporischschja in der Ukraine in Folge des Kriegs zu einem weiteren Supergau kommt. Wie verheerend eine Abhängigkeit vom Atomstrom ist kann man auch an Frankreich sehen. 70% des Stroms sind Atomstrom. Weil die Hälfte der französischen AKWs wegen Mängeln abgeschaltet werden musste, wurden für teures Geld große Mengen Strom aus benachbarten Ländern, darunter besonders viel aus erneuerbaren Energien importiert.

Die Energiepolitik und der Umweltschutz darf nicht der Kriegspolitik untergeordnet werden. Erneuerbare Energien sind mittlerweile die billigsten Energien. Erneuerbare Energien wie Photovoltaik können laut Fraunhofer-Institut zu Kosten von 2 bis 4 Cent bei größeren Anlagen produziert werden. Vergleichen sie das mal mit ihrer Stromrechnung! Es gibt zahlreiche Speichermöglichkeiten. Für die Umstellung auf 100% erneuerbare Energien und die Deckelung der Energiepreise! Abschaffung der CO₂ Bepreisung und der Mehrwertsteuer! Drastische Besteuerung der mittlerweile explodierten Gewinne vor allem der Energiekonzerne! Wir unterstützen Forderungen nach Lohnnachschatz.

27. UN-Klimakonferenz



Vom 7. bis 18. November findet die 27. UN-Klimakonferenz in Scharm el-Scheich in Ägypten statt. **Weltklimaaktionstag ist der 12. November.** Fast 96 Prozent des Landes sind Wüstengebiet. Es hagelt es Proteste aus In- und Ausland gegen den Ort des Gipfels Ägypten und den Vorsitz des ägyptischen Außenministers Samih Schukri. Erst 2021 wurde der Suezkanal auf umweltschädliche Weise vertieft, und die Umweltprobleme im Land nehmen ungebremst zu.



Die deutsche Bundesregierung hingegen hat gute Beziehungen zu al-Sisi. Das ist auch kein Wunder, denn kein anderes Land erhält so viele Waffen aus Deutschland wie Ägypten. Die Regierung geht rabiat gegen jede Opposition vor. Proteste gegen U-Bahnpreiserhöhung wurden brutal niedergeschlagen und Aktivisten wegen Terrorismus angeklagt. Seit 2013 sind alle öffentlichen Proteste verboten. So kündigte Außenminister Sameh Shoukry im Interview mit »The Associated Press« am 24. Mai an, dass keine Aktivitäten außerhalb der »blauen Zone« des COP27 und anderswo geduldet werden. Dagegen protestierten schon 26 Organisationen. Das Motto des Kongresses »Gemeinsam für eine gerechte, ambitionierte Umsetzung JETZT« soll Hoffnung machen, dass jetzt endlich was passiert. In Glasgow wurde 2021 in der Abschlussresolution wieder einmal unverbindlich erklärt, dass der Kohle-, Gas- und Ölausstieg jetzt ernsthaft angegangen werden soll. Indessen stieg die CO₂-Konzentration bis zum Juli weiter an auf einen neuen Rekord von 418,90 ppm, und das trotz 26 Klimakonferenzen. Die Umweltgewerkschaft ruft zum Weltklimaaktionstag wieder zu örtlichen und regionalen Umweltprotesten auf und zur Schaffung breiter Bündnisse gegen Betrug und Greenwashing der Regierungen durch die Weltklimagipfel.

Der Konzern Siemens-Energy (SE) hatte Mitte August den Abbau von 400 Arbeitsplätzen innerhalb der nächsten zwei Jahre im »Schaltwerk« Berlin angekündigt. Dort produzieren 1200 Kolleginnen und Kollegen Schaltanlagen für eine sichere Stromübertragung. Die Begründung hat es in sich!

SF₆-Gas: 25.000 mal klimaschädlicher als CO₂, trotzdem will Siemens-Energy damit weitermachen – im Ausland!

Zur Vorgeschichte: Im letzten Jahr, am 22. November 2021, veröffentlichte SE eine Pressemitteilung mit der großspurigen Überschrift: »Neue Fertigung in Berlin: Siemens Energy will Stromübertragung von stärkstem Treibhausgas der Welt befreien«.

Im Text wird erläutert, dass das bisher beim Bau der Schaltanlagen verwendete Isoliergas SF₆ »das stärkste Treibhausgas der Welt« ist, und dass »ein Kilogramm SF₆ in seiner Wirkung 25.200 Kilogramm CO₂ (entspricht)« und »rund 3200 Jahre in der Atmosphäre (verweilt)«.

Aha, denkt der Leser, die Top-Manager haben also endlich das Problem erkannt und wollen jetzt umsteuern! Sind halt doch keine »Umweltverbrecher«, wie die linken Umwelt-Radikalinskis von der Umweltgewerkschaft immer behaupten!!

Und: »Klimaneutrale Alternativen mit einem Klimaerwärmungspotential von Null existieren jedenfalls bereits«. Gemeint sind »Vakuumschalter«, und für deren Fertigung sollen 60 Millionen € in das Schaltwerk investiert werden.

Na siehste, jeht doch! Jubeln wir also fröhlich zusammen mit dem Berliner Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Christian Rückert: »Die Fertigung von Vakuumschaltröhren in Siemensstadt ist ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Berlin, zur Energiewende und zum Klimaschutz.«

Tja, wie gesagt, das war letzten November ...

Letzte Woche nun die kalte Dusche für alle Anhänger einer grünen Zukunft im Kapitalismus: SE kündigt die Vernichtung von 400 Arbeitsplätzen im Schaltwerk an – mit der Begründung, die konventionellen Schaltanlagen (also die mit dem Klimakiller SF₆ drin) wären »einem immer größeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt.« Deshalb habe man sich zur Verlagerung dieser Produktion nach Mexiko und China entschlossen. Außerdem gehe man davon aus, dass aufgrund einer baldigen EU-Verordnung SF₆-Schaltgeräte »in Europa bald nicht mehr zugelassen sind.«

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen: Das nach eigenem Eingeständnis stärkste Treibhausgas der

Welt darf leider aufgrund der bösen EU in Europa bald nicht mehr gefertigt werden – na dann verlagern wir das schädliche Zeug halt nach China und Mexiko! Diese Länder sind sowieso viel viel größer als Deutschland, da verdünnt sich das SF₆-Gas bestimmt ganz doll! Und außerdem haben diese Länder superstrenge Grenzkontrollen, da haben die SF₆-Moleküle null-komma-null Chance in die ausländische Atmosphäre zu verduften! Und die 400 Arbeitsplätze in Berlin, die dafür leider wegfallen, nun, das ist eben der Preis des sowieso etwas überstrapazierten Klimaschutzes in Deutschland, man kann ja nicht alles auf einmal haben oder? Immerhin dürfen die restlichen Kollegen zukünftig absolut »klimaneutrale Schaltanlagen« bauen, das ist doch was!!

Aber »Spaß« beiseite: Seit mindestens 20 Jahren hintertreibt Siemens und andere Konzerne rein aus Profitgründen ein Verbot von SF₆! Selbst das Umweltbundesamt, das schon 2002 (!) ein SF₆-Verbot forderte, schreibt auf ihrer Webseite dass »damals die Lobbyarbeit für SF₆ zu stark« war.

Die Verlagerung, und das heißt eben die Weiterfertigung von SF₆-Schaltern ist ein Umweltverbrechen ersten Ranges! In der SE-Belegschaft wird zunehmend diskutiert, auch deshalb den entschlossenen Kampf gegen die Verlagerung aufzunehmen. Wir brauchen beides: Arbeitsplätze und Umweltschutz!

Hitzewellen, Dürren, Hochwasser- und Sturm-Extreme ... die immer spürbarer heranrollende globale Umweltkatastrophe verlangt sofortiges Umsteuern, und zwar auf Kosten der angehäuften Profit-Gebirge:

Stopp der SF₆-Schalterproduktion! Das Verbot von SF₆-Gas ist überfällig! Stattdessen massive Ausweitung der Vakuumschalter-Produktion in allen SE-Werken der Welt als wesentlicher Baustein für 100% erneuerbare Energien – und dafür ebenso massive Neueinstellungen und Ausbildungsplätze statt Abbau!

KORRESPONDENZ BERLIN

1 www.press.siemens-energy.com/global/de/pressmitteilung/neue-fertigung-berlin-siemens-energy-will-stromuebertragung-von-staerkstem

2 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verbot-des-klimaschaedlichen-sf6-in>

Gute Gründe, jetzt Mitglied der Umweltgewerkschaft zu werden!

1. Jede(r), der/dem der Schutz der Umwelt am Herzen liegt, gehört in die Umweltgewerkschaft, weil er sich damit klar positioniert und damit ihre gesellschaftliche Bedeutung und ihren politischen Einfluss stärkt.
2. Die Mitgliedschaft in der Umweltgewerkschaft steht nicht in Konkurrenz zu persönlichen gesellschaftspolitischen Aktivitäten und Schwerpunkten. In jeder gesellschaftlichen Frage spielt die Umwelt eine wichtige Rolle.
3. Zwei Euro Mindestbeitrag oder ein Euro Sozialbeitrag pro Monat sollten keine Hürde sein, Mitglied zu werden.
4. Umweltschutz ist grenzenlos – global denken, lokale Umweltkämpfe erweitern und verknüpfen in nationale und globale Kooperation aller Umweltschützer.
5. Die Umweltgewerkschaft ist DIE breite Massenorganisation für den Kampf um Arbeitsplätze UND Umweltschutz. Jede(r) Arbeiter(in) und Angestellte gehört in die Umweltgewerkschaft und in die (Industrie-) Gewerkschaften, die auch mehr Verantwortung für den Schutz der Natur übernehmen müssen.
6. Die Umweltgewerkschaft benennt klar die Hauptverursacher der Umweltkrise in den Konzern- und Bankzentralen und in Regierungen.
7. Sie organisiert den überparteilichen und weltanschaulichen offenen Zusammenschluss auf kämpferischer gewerkschaftlicher Grundlage. Die Überwindung der Vereinzelung der Kräfte und der Spaltung von Umwelt- und Arbeiterbewegung schafft neue Potenziale, die Erde vor dem Kollaps zu retten.
8. Die Umweltgewerkschaft stellt die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Profitprinzip in Frage und tritt für eine Gesellschaft ein, in der der Mensch in Einheit von Mensch und Natur lebt und produziert.
8. Die Umweltgewerkschaft tritt für den gemeinsamen Widerstand von Umwelt-, Friedens- und Arbeiterbewegung gegen die atomare Weltkriegsgefahr ein.



Erfolgreiche Weltfrauenkonferenz in Tunis

Anfang September 2022 trafen sich Frauen aus aller Welt in Tunis, um sich über ihre Situation auszutauschen und zu beraten, wie sie in Zukunft besser gemeinsam für ihre Zukunft kämpfen können. Die Konferenz hatte zwei Bestandteile: in fast 30 Workshops wurde die ganze Vielfalt der Frauenbewegung beraten, in der Generalversammlung wurden bindende Beschlüsse über gemeinsame Projekte gefasst.

Wir waren von der Umweltgewerkschaft mit einer kleinen Delegation dabei, denn Frauenthemen und Umwelt gehören ganz eng zusammen.

An zwei Tagen führten wir einen Workshop durch mit dem Titel: **Alarmstufe Rot – volle Frauenpower für die Rettung der Umwelt** und brachten auch das Thema Umwelt in die Schlussresolution mit ein¹.

Im Workshop gab es vorbereitete Beiträge von unserer Delegation, wie wir den Zusammenhang Frauen- und Umweltfragen sehen, über die Bedeutung von Trinkwasser als Beispiel für eines von vielen wichtigen Umweltthemen, über den Zusammenhang zum Krieg und wie wir uns den Aufbau von Umweltorganisationen vorstellen können.

Eine große Bereicherung war ein ausführlicher Bericht einer Frau aus Sri Lanka über den Einsatz von Pestiziden dort, die Hintergründe und Zusammenhänge, die Auswirkungen und wie sie versuchen, mit Biolandwirtschaft, angefangen im kleinen Stil (Anbau in Blumenkästen ...) für den Eigenbedarf die Situation der Menschen zu verbessern.

Es gab auch Berichte über die Probleme der Trinkwasserversorgung in Tunesien, wo selbst in eigentlich wasserreichen

Gegenden im Norden das Trinkwasser nicht mehr aus dem Wasserhahn kommt, sondern in Plastikflaschen gekauft werden muss, und die Versuche, dagegen vorzugehen.

Es bestätigte sich unsere Idee, dass es in der konkreten Lebenssituation ganz oft die Frauen im Kampf gegen Umweltzerstörung vorne dran sind, weil das Leben und die Umwelt ganz eng zusammen gehören. In einer zerstörten Umwelt ist eine Zukunft für die Familien, die Kinder nicht vorstellbar, und so gehen in aller Welt Frauen im Kampf für ihre Interessen gegen Umweltzerstörung voran.

Wir informierten über unseren Plan, in naher Zukunft einen Umweltratschlag durchzuführen, um auch in der Umweltfrage international besser zusammenarbeiten, und sammelten Adressen von Organisationen und Personen aus insgesamt 12 Ländern, die Interesse haben, an der Vorbereitung mitzuwirken.

Redebeitrag Generalversammlung zur Weltfrauenkonferenz:

Die drohende Umweltkatastrophe ist eine Existenzfrage für viele Frauen der Welt geworden. Uns berichteten Frauen aus Tunesien darüber, dass in der Region Khaf im Norden des Landes die Bevölkerung durstet trotz Wasserreichtum, weil große Konzerne das Wasser stehlen.

– aus Sri Lanka, wie Chemiemonopole dafür sorgen, dass durch den Einsatz

von Pestiziden die Gesundheit der Menschen und das Ökosystem zerstört wird.

– aus Deutschland, wie ein großes Fischsterben und Dürren das Land erschüttern.

Wir hörten über bedeutende Kämpfe in betroffenen Regionen. Kämpfe wie der ums Trinkwasser, gegen Monsanto, gegen einen Atomkrieg müssen regional, aber auch national und weltweit geführt werden. So wie das Frauenbewusstsein, so muss auch das Umweltbewusstsein höher entwickelt werden.

Auch wir sagen »Nein« zum imperialistischen Krieg, da ein Weltkrieg die größte Zerstörung für Mensch und Natur bedeuten würde.

Wir Frauen des Workshops denken, dass die Bedeutung der Umweltfrage in der Frauenbewegung noch unterschätzt wird.

Wir schlagen darum vor, in die Schlussresolution einzufügen:

Überall auf der Welt kämpfen Frauen auch gegen Umweltverbrechen. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass unsere



Lebensgrundlagen zerstört werden und müssen entschlossen den Kampf gegen die Hauptverursacher in Banken, Regierungen und Konzernen und für eine umfassende Kreislaufwirtschaft aufnehmen. Dabei arbeiten wir mit allen Kräften zusammen, die Mutter Erde retten wollen.

¹ <https://fvcourage.de/wp-content/uploads/2022/09/Resolution-von-Tunis-We-are-women-we-are-strong.pdf>

Hydrologen warnen: Deutschland trocknet aus

Deutschland gehört zu den Regionen weltweit mit dem höchsten Wasserverlust pro Jahr. Neue Daten der Grace-Satelliten, die vom Global Institute for Water Security in Kanada (GIWS) zusammen mit der National Aeronautics and Space Administration (NASA) und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ausgewertet wurden, zeigen: Die Situation ist bereits dramatisch. In 20 Jahren sei Wasser im Umfang des Bodensees verloren gegangen. »Der Wasserrückgang in Deutschland beträgt

der Atmosphäre also das Treibhausgas Kohlendioxid. Die Lage der oberflächennah wachsenden Pflanzen hat sich bundesweit aktuell nahezu entspannt. Allerdings fließt bei Starkregenereignissen das Wasser ab und kommt erst gar nicht in den Grundwasserkörpern an.

Gräbt man bis zu einer Tiefe von 1,80 Meter zeigt sich, dass fast im ganzen Land mindestens eine schwere Dürre angezeigt ist, wobei für weite Landesteile sogar eher extreme Dürre und außerordentliche Dürre angezeigt werden. Nur



Ein See bei Göttingen: Ehemaliges Biotop von Teich-, Wasser- und Grasfrosch; Erd-, Kreuz- und Wechselkröte; mehreren Molcharten; in unmittelbarer Umgebung wurde die »streng geschützte« Gelbbauchunke festgestellt – zugeschüttet mit Abraum aus dem DB-Tunnelbau und Bauschutt, weil die »preiswerte Entsorgung« = die Profitinteressen wichtiger sind als der Natur- und Wasserschutz ...

etwa 2,5 Gigatonnen oder Kubikkilometer im Jahr. Das ist unvorstellbar viel Wasser«, sagt Prof. Jay Famiglietti, geschäftsführender Direktor des Global Institute for Water Security¹. Neben der Verdunstung von Wasser durch die höheren Temperaturen, spielt das verstärkte Abpumpen von Grundwasser aufgrund von Mangel an Oberflächenwasser sowie das immer noch anhaltende Trockenlegen von Feuchtgebieten eine Rolle. Moore und feuchte Wiesen speichern allerdings im großen Umfang Kohlenstoff, entziehen



Feuchtgebieten, Versiegelung von Böden, nicht nachhaltigen Praktiken in Land- und Forstwirtschaft sind ein grundlegendes Problem».

Die Auswirkungen waren in den Sommern mit Rekordhitzen und -dürren deutlich spür-

bar. Es kam es bereits zu regionalen Problemen mit der öffentlichen Wasserversorgung und auch auf den Feldern verdorrten die Pflanzen. Vor allem aber die Wälder trocknen aus.

Notwendig ist der bewusste und sparsame Umgang mit der Ressource Wasser auch in Privathaushalten und der Landwirtschaft. Die Industrie ist weltweit der größte Wasserverbraucher. Über 80 Prozent aller Wasserentnahmen entfallen auf sie, insbesondere auf die Lebensmittelindustrie. Proteste von betroffenen BürgerInnen gibt es. Die BI »Unser

Die Fließgewässer in Deutschland sind fast ausnahmslos durch Schadstoffe belastet. Über die Atmosphäre wird durch Niederschläge u.a. Quecksilber aus der Kohleverbrennung in die Gewässer eingetragen. Dies ist eine der Hauptursachen für die flächendeckende Überschreitung der vorgegebenen Umweltnormen für Quecksilber in deutschen Gewässern.



Braunkohlekraftwerk Lippendorf bei Leipzig: Neuntgrößte Dreckschleuder Europas

Fotos (2): Grafik: Rainer Focke/fotografik

im Einzugsgebiet der oberen Donau und in der östlichen Hälfte Mecklenburg-Vorpommerns sieht es etwas besser aus. Die Dürrejahre nehmen an Zahl und Intensität zu. Eine solche Häufung von extrem trockenen Jahren seit 2017 gab es in den zurückreichenden Beobachtungen seit 1952 nicht. Die Intensität der Dürren 2019 und 2020 wurde zu keiner Zeit vorher erreicht. Ein weiter so kann es nicht geben.

Nach Ansicht von Frau Prof. Dr. Claudia Pahl-Wostl von der Universität Osnabrück² müssen Maßnahmen schnell und konsequent umgesetzt werden. Die Wiederherstellung eines natürlichen Wasserhaushalts der Landschaft und einer Erhöhung der Wasserspeicherkapazität braucht ein integriertes Landschaftsmanagement. »Der Verlust an Speicherkapazität der Landschaft aufgrund der immer noch anhaltenden Trockenlegung von

Wasser«³ hat vorläufig verhindert, dass Coca-Cola in Reppenstedt im Landkreis Lüneburg einen dritten Brunnen in Betrieb genommen hat. Hier sollten vom Konzern bis zu 350 Millionen Liter Wasser aus 195 Metern Tiefe gefördert und als Mineralwasser verkauft werden. Auch gegen die Giga-Factory von Tesla in Berlin-Brandenburg gibt es Proteste wegen des gewaltigen Wasserverbrauchs durch die Fabrik. Die Landesregierung und Wirtschaftsminister Habeck sehen allerdings kein Problem.

^{1,2} <https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2022/03/hydrologen-warnen-deutschland-trocknet-aus>

³ https://unserwasser-bi-lueneburg.de/wp-content/uploads/2021/04/Positionspapier_3.-Brunnen-Coca-Cola_BI-Unser-Wasser.pdf

Einladung zur 3. Internationalen Bergarbeiterkonferenz 2023

Vom 31. August bis 3. September 2023 findet in Deutschland (Thüringen) die 3. Internationale Bergarbeiterkonferenz statt. Aus dem Aufruf dokumentieren wir: »Angesichts der akuten Weltkriegsgefahr und einer rigorosen Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterfamilien kommt dem Zusammenschluss der weltweit 20 Millionen Bergleute und ihrer Familien eine besondere Bedeutung zu. Die Internationale Bergarbeiterkoordination hat gegenwärtig 44 Mitgliedsorganisationen, auch aus Russland und der Ukraine. Die Regierungen beider Länder und die dort herrschenden Oligarchen (frühere Staats-, Geheimdienst- oder Parteiführer der ehemaligen Sowjetunion, die sich die Zechen und andere Staatsbetriebe unter den Nagel gerissen haben) treiben mit Kriegsrecht und



1.100 Bergarbeiter im Streik, Alabama, USA, Juni 2021

massiver Unterdrückung jeder Opposition die Bevölkerung als Kanonenfutter in den Krieg. Die Bergleute als wichtiger Teil der internationalen Industriearbeiterschaft sollen das mit ihrem Leben und massiven Preissteigerungen bezahlen. Umso bedeutender ist es, dass ihr Arbeiterstandpunkt weiter an Boden gewinnt: Kumpel schießen nicht auf Kumpel!«

Die Webseite der internationalen Bergarbeiterkoordination (IMC) ist sehr informativ und berichtet von vielen Kämpfen der Bergarbeiter weltweit.

Kurdistan: Minen zerstören die Lebensgrundlage von Mensch und Natur¹

In der nordkurdischen Provinz Amed im Kreis Dicle finden Sondierungsarbeiten für die Errichtung weiterer Minen statt. Die Bevölkerung protestiert gegen die Naturzerstörung. Minen für die Förderung strategisch wichtiger Materialien wie Chrom, Zink, Kupfer und Blei beispielsweise für die Waffenindustrie verwüsten die Region und zerstören die

Umwelt. Seit 2012 finden in der Nähe der Stadt Dicle bei den Siedlungen Pirejman und Tuneprak Sondierungsarbeiten statt. Das Unternehmen Ölmez Doğu Bergbau hat tiefe Löcher ausgehoben und gesprengt. Da jedoch nicht ausreichend Metall gefunden wurde, bleiben die Löcher offen und die Verwüstung geht weiter. Die Sprengungen und die Umweltzerstörung führten zum Protest der Menschen, die dort wohnen. Sie fordern die Einstellung der Sondierungen.

Geplante Ölförderung in den Regenwäldern der Demokratischen Republik Kongo²

Riesige Torfmoore speichern dort so viel Kohlendioxid wie kaum in einer anderen Region der Welt – das Äquivalent von drei Jahren globaler CO₂-Emission. Ende Juli begann genau für diese Gegend die Regierung mit der Versteigerung von 27 Öl- und Gasbohrlicenzen. Ein Drittel davon im Cuvette Central im Kongo-becken mit dem weltweit größten tropischen Torfkomplex. Dieser würde damit vom Speicher zur Emissionsquelle. 5,8 Milliarden Tonnen könnten freigesetzt werden. 14 % der gesamten jährlichen

Treibhausgasemissionen. Umweltpolitisch wäre das eine Katastrophe. Die Regierung spricht demagogisch davon, die Ressourcen in den Dienst des Landes zu stellen. Der Kongo hat nach Angola die größten Ölreserven im südlichen Afrika. Er ist reich an Kupfer, Kobalt, Gold und Diamanten. Es ist das internationale Finanzkapital, das diese Bodenschätze raubt. Der israelische Milliardär Dan Gertler wird wegen seiner Korruption (und vielleicht auch aus Konkurrenz) sogar in den USA sanktioniert. Er hat sich jahrelang an den Bodenschätzen bereichert. Das Geld, das im Land bleibt, kommt nicht dem Volk, sondern den korrupten kongolesischen Herrschenden zugute. Aufgrund der weltweiten Empörung erklärten Vertreter einzelner Konzerne wie Total, Shell und Eni, sich nicht an der Versteigerung beteiligen zu wollen. Es gibt auch Stimmen, die sagen, dass das nicht auf die Liebe zur Natur zurückzuführen ist, sondern weil sie politische und andere Risiken scheuen.

¹ Internationale Bergarbeiterkoordination (IMC), 17. September 2022

² Internationale Bergarbeiterkoordination (IMC), 6. September 2022

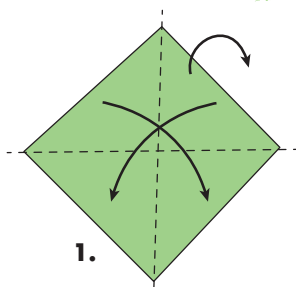
Der Kranich steht für ein langes Leben

Der Kranich steht in Japan für Glück und Gesundheit, aber auch für die Anti-Atomkraft-Bewegung. Eine japanische Legende besagt, dass diejenigen, die 1.000 Papierkraniche falten, einen Wunsch erfüllt bekommen.

Nach dieser Legende, die man sich in Japan erzählt, soll das Falten von 1000 Papierkranichen Glück und Hoffnung bringen. Der Kranich selbst steht für ein langes Leben.

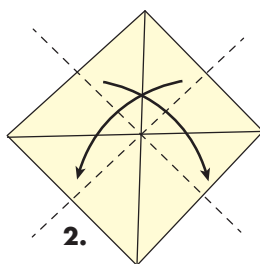
Bekannt wurde die Legende durch die Geschichte des japanischen Mädchens Sadako Sasaki, das aufgrund der Atombombenabwürfe gegen Ende des Zweiten Weltkriegs an Leukämie erkrankte. Sie hoffte, durch das Falten der Kraniche wieder gesund zu werden, starb jedoch, bevor sie ihr gesetztes Ziel von 1000 Kranichen erreicht hatte. Ihre Familie und Klassenkameraden falteten für sie weiter Kraniche, sammelten Spenden und erreichten, dass im Friedenspark Hiroshima (Hiroshima Peace Memorial Park) ein Denkmal für sie errichtet wurde, das Children's Peace Monument. An dieses und andere Denkmale im Friedenspark werden alljährlich Ketten von Papierkranichen als Friedenssymbole gehängt, die im Rahmen von Projekten aus der ganzen Welt nach Hiroshima geschickt werden.





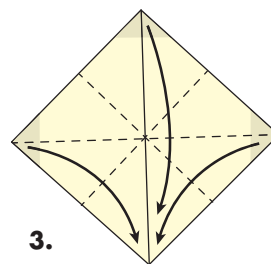
1.

Falte das Papierquadrat zweimal entlang der Diagonalen. Dann entfalten und wenden.



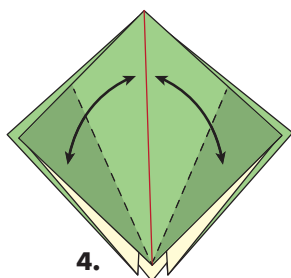
2.

Falte Papierquadrat nun zweimal in der Hälfte und entfalte es anschließend wieder.



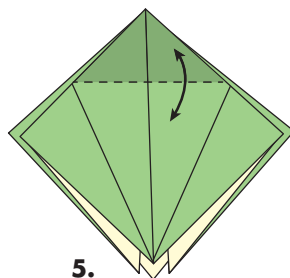
3.

Entlang der Diagonalen einmal falten, so dass ein Dreieck entsteht und dann die äußeren Ecken nach unten hin zusammen schieben, so dass alle vier Ecken aufeinander liegen.



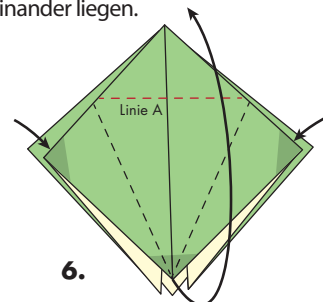
4.

Die linke und rechte Kante der oberen Lage zur Mitte hin falten und wieder entfalten.



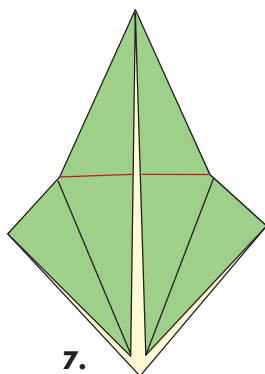
5.

Knicke nun die obere Ecke nach unten und dann wieder zurück.



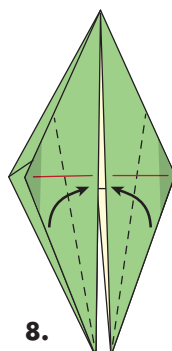
6.

Die untere Ecke der oberen Lage nach oben ziehen, an der **Linie A** knicken. Die äußeren Teile zur Mitte hin glatt falten, so dass die obere Lage nun die Form einer Raute hat.



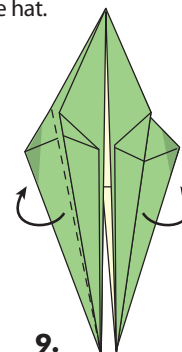
7.

Wiederhole die Schritte 4 bis 6 auf der Rückseite, so dass die gesamte Figur nun die Form einer Raute hat.



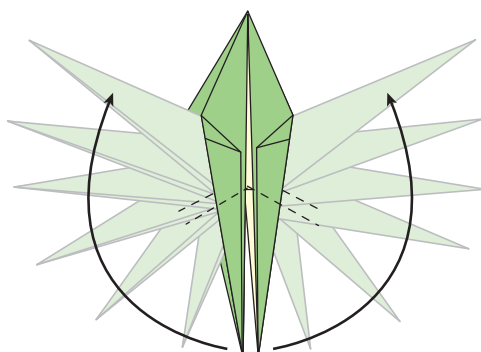
8.

Den unteren Teil der oberen Lage jeweils rechts und links zur Mitte hin falten.



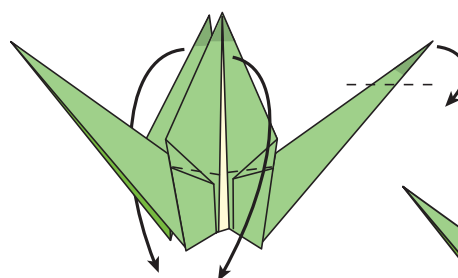
9.

Schritt 8 auf der Rückseite wiederholen.



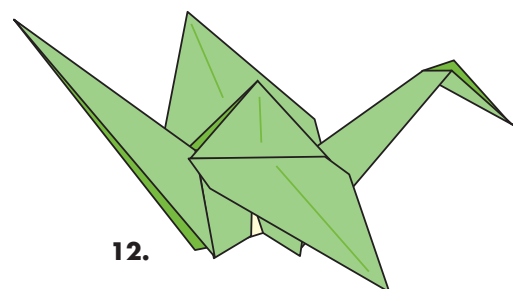
10.

Knicke nun die nach unten stehenden Spitzen nach oben hin um, so dass ein Hals und ein Schwanz entstehen.

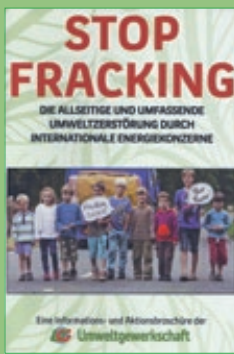


11.

Knicke nun eines der Enden an der Spitze um, so dass ein Kopf entsteht, die Flügel knicke bitte nach unten. Fertig!



12.



Stopp Fracking – Anschaulich wird die Methode des »hydraulischen Fracking« erklärt und die Hintergründe und verheerenden Folgen für Mensch und Natur untersucht. Es vernichtet

Arbeitsplätze und ruiniert die Landwirtschaft.

Nach wie vor aktuell und informativ!
Kann gegen eine Spende abgegeben werden.



Atomkraftwerke sind eine Sackgasse. Eine Argumentationshilfe der Umweltgewerkschaft,

Spendenpreis 50 Cent



ÖPNV zum Nulltarif: Beitrag der Gruppe Böblingen zur Verkehrswende.

Der Beitrag zeigt auf, dass ohne attraktiven und schnellen Ausbau des ÖPNV, der auch für Berufspendler geeignet ist, eine Verringerung des MIV nicht gelingen wird. Nulltarif ist sozial und ökologisch.

Preis 1,50 €



Viele fortschrittliche Ideen und Technologien liegen seit Jahrzehnten brach. Die weltmarktherrschenden Energie- und Auto-konzerne dulden sie nur in winzigen Nischen neben der dominierenden Wegwerfprodukti-on. Ansätze eines

leistungsfähigen, sparsamen und umweltschonenden Transportwesens für Menschen und Güter sind aber längst vorhanden, wie das Szenario von Prof. Lutz zeigt.



Müllverbrennung die chronische Volksvergiftung

Prof. Rosin,
Prof. Jooß, 2008,
Das Fachbuch
(deutsch und
englisch) widerlegt
umfassend die
Legende von der
»sauberen deut-
schen Müllverbren-
nung“ und zeigt Al-
terrennung auf. Dabei
des Kryo-Recycling
erläutert.

Preis: 5,- €



Das Programm der Umweltgewerkschaft als Broschüre



Umweltgewerkschaft e.V. gemeinnütziger Verein

Mitgliedsantrag

Ortsgruppe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon Email

Geburtsdatum Beruf
(freiwillige Angabe)

Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ab pro Monat Euro

Mindestbeitragssätze: Vollverdiener (ab 18 Jahre): 2,00 Euro; Sozialbeitrag: 1,00 Euro
Jugendliche (ab 16 Jahre): 1,00 Euro; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre: 0,50 Euro
Freiwillige höhere Beitragszahlungen sind ausdrücklich erwünscht!

Zahlungsart: ☐ Ich zahle bar ☐ Ich überweise per Dauerauftrag
☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung
dann bitte nebenstehendes Formular ausfüllen →

Zahlungsweise: ☒ jährlich ☐ quartalsweise

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Grundsätze und die Satzung der Umweltgewerkschaft an und erkläre mich mit der Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Datenschutzerklärung einverstanden.
Alle Daten werden streng vertraulich behandelt und NICHT an Dritte weitergegeben.

Ort, Datum, Unterschrift

SEPA Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich die Umweltgewerkschaft e.V., die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Umweltgewerkschaft e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name, Vorname (Kontoinhaber*in)

Mein Konto:

[illegible]

bei der

BIC:

Hinweise: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Das SEPA-Lastschriftmandat wird erteilt für:
Umweltgewerkschaft e.V.,
Bremer Straße 42, 10551 Berlin
mit der Gläubiger-Identifikationsnummer
DE78 2ZZZ 0001 9667 92.

Die Mandatsreferenz ist identisch mit der UG-Mitgliedsnummer.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden an: Umweltgewerkschaft e.V. · Bremer Straße 42 · 10551 Berlin